

Zukunft
gestalten

IHK

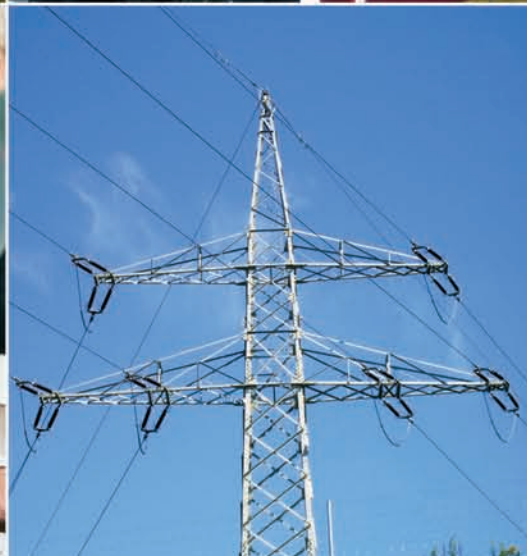
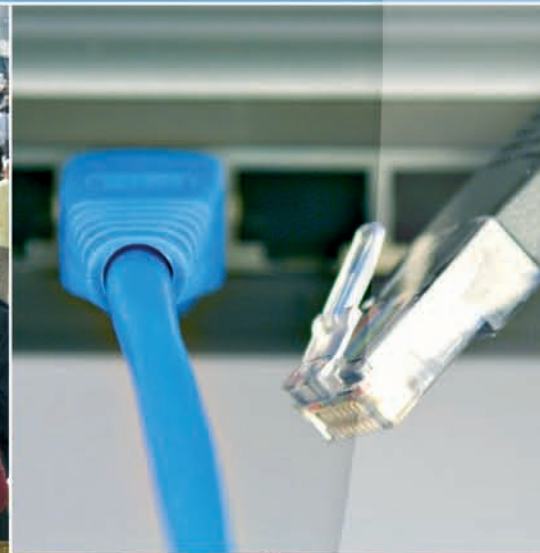
Koblenz

Wirtschaft zur Kommunalwahl

2009 | WWW.IHK-KOBLENZ.DE

Wirtschaft vor Ort stärken!

Kommunalpolitisches Papier 2009 – 2014
der Industrie- und Handelskammer (IHK) Koblenz



Inhaltsverzeichnis

Kommunale Standortpolitik

Infrastruktur	2
Bauleitplanung und Entwicklungskonzepte	3
Bildung	4
Standortmarketing	5
Kommunal Finanzen	6
Kommunale Wirtschaftstätigkeit	7
Umwelt und Energie	8
Standortklima	9
Stadt- und Handelsentwicklung	10
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	11
Tourismus	12

Handlungsbedarf vor Ort

Landkarte IHK-Bezirk Koblenz	13
Stadt Koblenz	14
Kreis Ahrweiler	16
Kreis Altenkirchen	18
Kreis Bad Kreuznach	20
Kreis Birkenfeld	22
Kreis Cochem-Zell	24
Kreis Mayen-Koblenz	26
Kreis Neuwied	28
Rhein-Hunsrück-Kreis	30
Rhein-Lahn-Kreis	32
Westerwaldkreis	34



Vorwort

Kommunalpolitik gestaltet Standortfaktoren. Ganz gleich, ob bedarfsgerechte Ausstattung mit Infrastruktur, vorausschauende Bauleitplanung oder unternehmensfreundliche Verwaltung – die politisch Verantwortlichen vor Ort tragen wesentlich zu guten Standortbedingungen für Unternehmen und damit zum wirtschaftlichen Erfolg einer Region bei. Dabei sind sie durch den stetig zunehmenden Wettbewerb der Standorte um Unternehmensinvestitionen, Arbeitskräfte sowie Kunden und Besucher immer wieder neu gefordert.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss die Kommunalpolitik die Belange der Unternehmen bei ihren Entscheidungen noch stärker berücksichtigen und dafür sorgen, dass ihre Kommune von der Wirtschaft profitieren kann. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen dabei so gestaltet werden, dass Markt und Wettbewerb funktionieren. Außerdem müssen Kooperationen sowohl zwischen Kommunen und Unternehmen als auch zwischen Kommunen noch mehr in den Fokus rücken. Zwingend ist dies auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Die IHK Koblenz gibt mit vorliegendem Papier zur Kommunalwahl 2009 – wie schon zu den vorangegangenen Wahlen – Empfehlungen für eine wirtschafts- und mittelstandsfreundliche Politik in der Legislaturperiode 2009 – 2014.

Manfred Sattler
Präsident

Das Papier ist in zwei Teile untergliedert. Im ersten Teil werden grundsätzliche wirtschaftspolitische Positionen in ausgewählten Themenfeldern beleuchtet – ein ordnungspolitischer Kompass für das Handeln der Kommunalpolitik. Im zweiten Teil wird für jeden der zehn Landkreise des IHK-Bezirks und die Stadt Koblenz eine Bilanz der auslaufenden Wahlperiode aus Sicht der Wirtschaft gezogen und konkreter Handlungsbedarf für die Zukunft aufgezeigt. Darüber hinaus hat die IHK für jeden Themenbereich Wahlprüfsteine formuliert, mit denen der Beitrag der Kommunalpolitik zur Entwicklung von Standortfaktoren ermittelt werden kann.

Das Positionspapier wurde vom unternehmerischen Ehrenamt der IHK, insbesondere von den regionalen Beiräten, erarbeitet und von Präsidium und Vollversammlung beschlossen.

Als Vertreter der Wirtschaft wird sich die IHK mit ihren sieben Geschäftsstellen weiter für die Interessen der Unternehmen stark machen. Dafür bietet sie der Politik den konstruktiven Dialog zum vorliegenden Papier an.

Koblenz, im Februar 2009

Hans-Jürgen Podzun
Hauptgeschäftsführer

Wie es ist:

Das Güterverkehrsaufkommen in Deutschland wird bis 2050 um beinahe 50 % zunehmen, weiterhin werden ca. 80 % des Güterverkehrsaufkommens auf den Verkehrsträger Straße entfallen. Weiter anwachsen wird auch der Personenverkehr, wobei hier ebenfalls der Großteil der Verkehre auf den Verkehrsträger Straße entfällt.

Erreichbarkeit ist für alle Unternehmen, ob in der Innenstadt oder auf der „Grünen Wiese“, ein entscheidender Standortfaktor. Funktionierende, lebendige Innenstädte sind darauf angewiesen, dass wirtschaftlich bedingte Mobilität, vom Lieferverkehr über den Pendlerverkehr und die Einkaufsfahrt bis hin zum Entsorgungsverkehr, uneingeschränkt möglich ist.

Die Europäische Union fordert im Rahmen ihrer Umweltpolitik von ihren Mitgliedsstaaten Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Verhinderung von Emissionen aus Wirtschaft und Verkehr. Die Gestaltung und Umsetzung dieser Maßnahmen obliegt in vielen Bereichen den Kommunen.

Flächendeckende Breitbandversorgung ist im globalen Wettbewerb für Entwicklung und Wachstum der Wirtschaft sowohl in Agglomerationsräumen als auch im ländlichen Raum unabdingbar. Fehlende oder unzureichende Anbindungen an das Breitband-Internet stellen einen gravierenden Wettbewerbsnachteil dar.

Was zu tun ist:

► **Mobilität sichern:**

Durch Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, wie beispielsweise in die Mittelrheinbrücke bei St. Goar – St. Goarshausen, muss Mobilität gesichert werden. Die Kommunen müssen ihre Verkehrsinfrastruktur in gutem Zustand erhalten sowie bedarfsgerecht ausbauen und erweitern. Lückenschlüsse müssen vollzogen und Engpässe beseitigt werden.

► **Erreichbarkeit sicherstellen:**

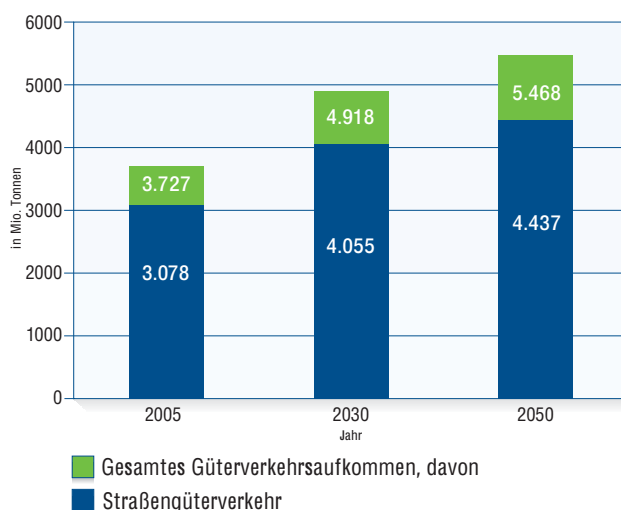
Die Kommunen müssen sich für eine wirtschaftliche und intelligente Verzahnung aller Verkehrsmittel einsetzen. In den Innenstädten muss weiterhin flexible, individuell ausgeübte Mobilität im Rahmen von Individualverkehr, Güterverkehr und ÖPNV möglich sein. Hierzu gehört auch die Bereitstellung von attraktivem, innenstadtnahem

Parkraum. Die Vorgaben der EU müssen an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert, maßvoll geplant und umgesetzt werden. Die Kommunen sind aufgefordert, die Eingriffe in den Straßenverkehr im Interesse der Wirtschaft so gering wie möglich halten. Es gilt: Verkehrslenkung und -optimierung vor Fahrverbot und Citymaut.

► **Flächendeckende Breitbandversorgung:**

Die Kommunen müssen sich für eine flächendeckende Versorgung mit moderner Telekommunikationsinfrastruktur einsetzen sowie Vorkehrungen treffen, die auch einen zukünftigen Ausbau der Netze ermöglichen (z.B. durch das Verlegen von Leerrohren bei Straßenbauarbeiten).

Abschätzung der Güterverkehrsentwicklung in Deutschland



Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welche Infrastrukturmaßnahmen wollen Sie nach der Kommunalwahl vorrangig angehen?
- ❓ Wie wollen Sie die Erreichbarkeit der Innenstädte für Individualverkehr, Güterverkehr und ÖPNV auch unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben weiterhin sicherstellen?
- ❓ Besteht in Ihrer Kommune eine flächendeckende Breitbandversorgung? Wie stellen Sie eine langfristige Versorgung mit moderner Telekommunikationsinfrastruktur sicher?

Bauleitplanung und Entwicklungskonzepte: Wirtschaftsentwicklung interkommunal vorausschauend planen und sichern

Wie es ist:

Zu häufig bestimmt Kirchturmdenken den kommunalen Wettbewerb – mit negativen Folgen. Auch vernachlässigen viele Kommunen, selbst angesichts des demografischen Wandels, ihre Innenentwicklung. Während manche Gewerbegebiete leer stehen, fehlen Unternehmen andernorts Expansionsmöglichkeiten. Zu selten werden Lösungen in interkommunaler Zusammenarbeit entwickelt.

Was zu tun ist:

► Innen- vor Außenentwicklung:

Der demografische Wandel betrifft viele Kommunen. Die Einwohnerzahlen nehmen ab, der Anteil der älteren Menschen steigt. Sowohl bei der Siedlungsentwicklung allgemein als auch bei der Nahversorgung sollte deshalb grundsätzlich Innen- vor Außenentwicklung gehen. Entstehen in ländlichen Regionen Angebotslücken in der Nahversorgung, müssen marktkonforme Alternativkonzepte erprobt werden, zum Beispiel mobile Angebote.

► Wirtschaftsfreundliche Gewerbeflächenpolitik:

Kommunen sollten langfristig geeignete Gewerbeflächen für Industrie, Dienstleistungen und Handel zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen. Durch eine vorausschauende Bauleitplanung sollten sie unverträgliche Nutzungen wirtschaftsfreundlich voneinander trennen und neben dem Bestand betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten sichern. Auf der Agenda politischen Handels sollte auch die Umnutzung von Brachen und leerstehenden Gebäuden speziell im Innenstadtbereich stehen.

► Interkommunale Zusammenarbeit:

Während einerseits manche Kommunen unter leerstehenden Gewerbegebieten leiden, fehlt an anderen Orten Unternehmen die Expansionsmöglichkeit. Die Kommunen sind angehalten, über die Einbindung in interkommunale Kooperationen und Netzwerke die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen zu forcieren und auch auf unternehmerische Entwicklungschancen an Standorten jenseits der eigenen Gemeindegrenze aktiv hinzuweisen. Durch eine engere Zusammenarbeit der Kommunen ließen sich auch leichter intensivere Marketingmaßnahmen zum Vorteil aller realisieren.



► Regionale Einzelhandelskonzepte erstellen:

Die Kommunen sind aufgefordert, rechtsverbindliche kommunale und regionale Einzelhandelskonzepte mit Bestimmung der zentralen Versorgungsbereiche und ortsspezifischen Sortimentslisten zu erarbeiten und sie langfristig konsequent einzuhalten. So können zukunftsfähige Lösungen für Interessenkonflikte entwickelt und die konzeptionelle Profilbildung sowohl von Einzelstandorten als auch von Einkaufsstädten und -regionen gefördert werden.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

1. Auf welche Weise möchten Sie Innenentwicklung betreiben? Wie möchten Sie die Nahversorgung Ihrer Kommune sichern?
2. Mit welchen Maßnahmen entwickeln Sie Ihre Gewerbeflächen? Welchen Stellenwert messen Sie dem Bestandsschutz und der Sicherung von Entwicklungsinteressen der Unternehmen bei?
3. Wenden Sie die Regelungen von Raumordnung und Bauleitplanung konsequent und einheitlich an? Haben Sie ein Einzelhandelskonzept mit ortsspezifischer Sortimentsliste für Ihre Kommune? Gibt es ein regionales Einzelhandelskonzept? Setzen Sie die Konzepte konsequent um?

Bildung: Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen

Wie es ist:

Schüler benötigen das Rüstzeug für den Berufseinstieg. In der Praxis haben die Lehrpläne häufig nicht mit der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung mitgehalten. Hinsichtlich der räumlichen und sachlichen Ausstattung besteht an vielen Schulen Nachholbedarf.

Neue und modernisierte Berufe fordern die Berufsschulen als Partner im dualen Ausbildungssystem bei der Fachklasseneinrichtung zunehmend heraus – auch über Schulkreisgrenzen hinweg. Durch sinkende Schülerzahlen wird die Situation weiter erschwert. Andererseits gibt es immer wieder neue vollzeitschulische Angebote an Berufsschulen in Konkurrenz zur dualen Aus- und Weiterbildung.

Trotz vielerorts bestehender guter Zusammenarbeit zwischen Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Wirtschaftskammern und Verbänden auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ist das Angebot an dualen Studiengängen in Rheinland-Pfalz noch viel zu gering. Junge Leute weichen daher häufig in andere Bundesländer aus. Für die Region und die regionale Wirtschaft ist dies von erheblichem Nachteil.

Der Stellenwert beruflicher Aus- und Weiterbildung wird gegenüber der akademischen Bildung oft unterschätzt. Aber gerade die duale Aus- und Weiterbildung sichert zu einem erheblichen Teil die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen.

Was zu tun ist:

► Schulinfrastruktur bedarfsgerecht und abgestimmt ausbauen:

Rückläufige Schülerzahlen dürfen bei den Städten und Gemeinden als verantwortliche Schulträger nicht zu pauschalen Einsparungen bei den Investitionen in die Schulinfrastruktur führen. Landkreisweite Schulentwicklungsplanungen in enger Abstimmung mit den Gemeinden und Städten sind ebenso erforderlich wie angemessen flächendeckende Standorte auch für die Schulformen „Realschule plus“ und „Integrierte Gesamtschule (IGS)“.

► Lernumgebung weiter verbessern:

Die Lernatmosphäre muss stimmen, daher ist auch der räumlichen und sachlichen Ausstattung der Schulen ein hoher Stellenwert einzuräumen.

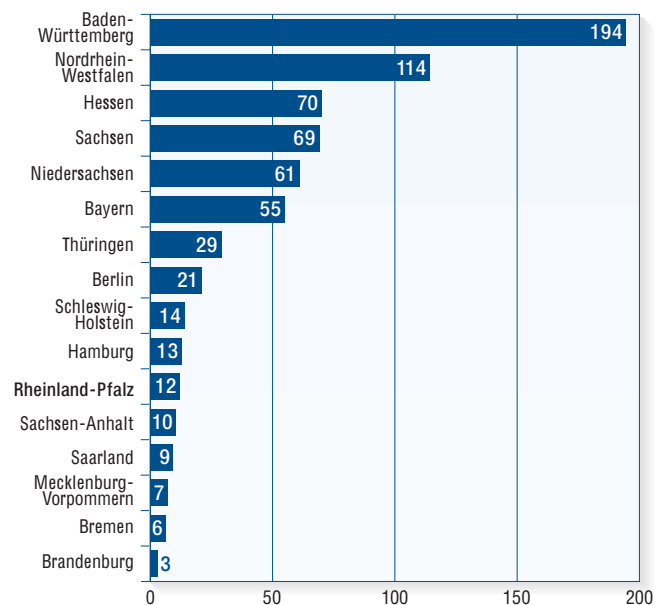
► Bildungsprojekte forcieren:

Seitens der Landkreise, Städte und Gemeinden sind regionale Bildungsprojekte wie z. B. Patenschaften zwischen (Hoch-) Schulen und Wirtschaftsunternehmen zu fördern, zu unterstützen und/oder zu initiieren. Wünschenswert ist auch eine Unterstützung der Kommunen für die Forderung der IHK, an den Hochschulen mehr duale Studiengänge einzurichten.

► Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit gewährleisten:

Die Gleichwertigkeit (nicht Gleichartigkeit) von beruflicher Aus- und Fortbildung und akademischen Studiengängen sowie die gegenseitige Durchlässigkeit muss anerkannt bzw. verbessert werden.

Anzahl dualer Studiengänge



Quelle: www.ausbildung-plus.de, Stand 6/08

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wie werden sich die Investitionen in die Schulinfrastruktur sowie in die sachliche und räumliche Ausstattung der Schulen entwickeln?
- ❓ Wie wollen Sie die Praxisorientierung der allgemeinbildenden Schulen fördern?
- ❓ Was werden Sie zur Unterstützung bei der Forderung nach einem Ausbau der dualen Studiengänge beitragen können?

Standortmarketing:

Weiche Faktoren stärker betonen, Aktivitäten regional bündeln

Wie es ist:

Der Wettbewerb der Kommunen um Unternehmensinvestitionen, Infrastruktur, Arbeits- und Ausbildungsplätze, Kunden und Besucher, Steueraufkommen und Sponsoring wird härter.

Zunehmend empfehlen sich viele Kommunen als attraktive Standorte für Unternehmen, auch mittels elektronischer Informations- und Kommunikationstechniken. Standortmarketinginitiativen sind jedoch oft zu „kleinräumig“ organisiert. Darüber hinaus wird noch zu selten über erfolgreich abgeschlossene Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts berichtet.

Im Mittelpunkt des Standortmarketings der Kommunen stehen oft harte Faktoren, wie Verkehrserschließung, Gewerbegrundstücke oder Ver- und Entsorgung, die für die Wirtschaft sehr wichtig sind, jedoch kaum Alleinstellungsmerkmale der jeweiligen Kommune darstellen.

Was zu tun ist:

► Standortmarketing strategisch und großräumig betreiben:

Bei Marketingaktivitäten müssen zunächst das Image der Kommune aus Sicht der ansässigen Unternehmen kritisch beleuchtet und Zielgruppen klar definiert werden. Standort- und Regionalmarketinginitiativen sollten außerdem so großräumig strukturiert sein, dass durch Synergie- und Bekanntheitseffekte eine bedeutsame und nachhaltige Außenwirkung erzielt werden kann. Schließlich kommt es ansiedlungswilligen Unternehmen bei ihrer Standortentscheidung nicht so sehr auf die einzelne Kommune, sondern eher auf die Region an.

► Weiche Standortfaktoren stärker betonen:

Für den Werbeerfolg ist es unerlässlich, über weiche Standortfaktoren Attraktivität zu vermitteln. Diese Faktoren sind auch relevant, um Fachkräfte für die Region zu gewinnen und dauerhaft zu halten. Gemäß einer Standortumfrage der IHK sind insbesondere die Umwelt- und Lebensqualität, Sauberkeit sowie die Sicherheitsituation für die Unternehmen entscheidend.

► Kommunales Audit einführen:

Kommunalverwaltungen und Wirtschaftsförderungsorganisationen, die sich konsequent an Unternehmensinteressen ausrichten, sollten sich einem freiwilligen

„Audit wirtschaftsfreundliche Kommune“ unterwerfen und in diesem Rahmen auch eine regelmäßige Analyse der Zufriedenheit ihrer Unternehmenskunden vornehmen. Diese Maßnahmen wären hervorragend zu kommunizierende Instrumente im Rahmen des Kommunal- bzw. Regionalmarketings.



Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Außenwirkung der Kommune und Region in den nächsten Jahren weiter verbessern?
- ❓ Inwieweit sind Sie bei der Vermarktung des Standorts in regionale Netzwerke eingebunden?

Kommunal Finanzen:

Haushalte sanieren – mehr Handlungsspielraum gewinnen

Wie es ist:

Der Handlungs- und Gestaltungsspielraum vieler Kommunen im IHK-Bezirk ist aufgrund fehlender Mittel für neue Investitionen stark eingeschränkt. Die in den kommunalen Haushalten ausgewiesene „freie Spitze“ oder Nettoinvestitionsrate (Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben) ist für 2008 häufig negativ. Die Finanzmisere ist nicht primär auf Einnahmeausfälle zurückzuführen. Die Gesamtsteuereinnahmen vieler Kommunen im IHK-Bezirk sind gegenüber früheren Jahren gestiegen.

Zwischen den Kommunen bestehen teils erhebliche Unterschiede bei der Finanzsituation. Dies deutet darauf hin, dass einige Kommunen ihr Einsparpotenzial noch nicht ausgeschöpft haben.

Was zu tun ist:

► Fehlbedarf begrenzen:

Die Konsolidierung der kommunalen Haushalte hat höchste Priorität. Die Kommunen sollten nichts unversucht lassen, durch Beschränkung der Ausgaben die Jahresfehlbeträge zu reduzieren. Konkrete Einsparmaßnahmen sollten in Haushaltssicherungskonzepten festgeschrieben werden.

► Vorteile bei Standortkosten halten:

Die Gemeinden sollten noch bestehende Wettbewerbsvorsprünge bei den Standortkosten durch eine moderate Steuerpolitik halten. Steuer- oder Gebührenerhöhungen zur Entlastung des Haushalts sollten zugunsten von Ausgabenkürzungen vermieden werden.

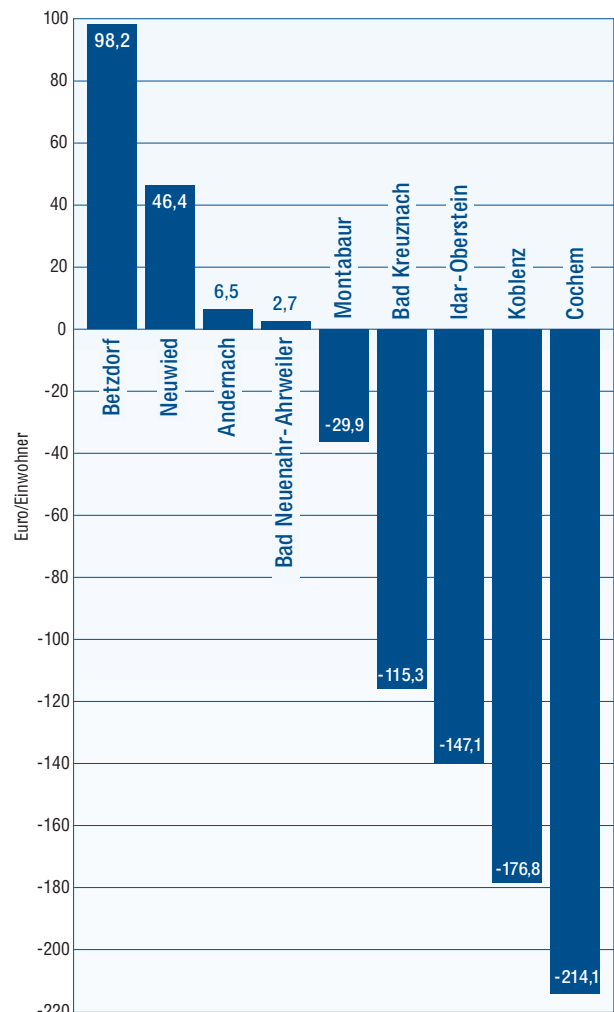
► Privatisierungspotenzial ausschöpfen:

Einsparungen lassen sich oft durch die Privatisierung kommunaler Aufgaben erzielen. Wo Aufgaben nicht vollständig in private Hände gegeben werden können, bieten sich Kooperationen zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Unternehmen an.

► Personaleinsparungen anstreben:

Die Personalausgaben der Kommunen bilden den wichtigsten Ausgabenblock bei den laufenden Ausgaben. Durch Konzentration auf kommunale Kernaufgaben, Verwaltungskooperation und Bürokratieabbau können Kommunen den Personalkostenanstieg bremsen und längerfristig Personaleinsparungen realisieren.

„Freie Spitze“ in ausgewählten kommunalen Haushalten (2008)



Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welche Maßnahmen zur Haushaltssanierung sind in Ihrer Kommune vorgesehen?
- ❓ Sind die Standortkosten für die Betriebe in Ihrer Kommune überdurchschnittlich hoch? Aus welchen Gründen?
- ❓ Welche Aufgaben wurden in Ihrer Kommune bisher privatisiert, was kann nach der Kommunalwahl privatisiert werden?
- ❓ Wie haben sich die Personalausgaben Ihrer Kommune in den letzten Jahren entwickelt? Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um die Personalausgaben zu begrenzen?

Kommunale Wirtschaftstätigkeit: „Privat vor Staat“ muss Handeln vor Ort bestimmen

Wie es ist:

In der Vergangenheit wurde in Rheinland-Pfalz mehr als in anderen Bundesländern der Grundsatz „Privat vor Staat“ bei der privatwirtschaftlichen Betätigung der Kommunen beachtet. Gleichwohl betätigen sich einige Kommunen gegenwärtig im wirtschaftlichen Bereich, obwohl eine Leistungserstellung durch privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen möglich wäre.

Verschiedentlich betätigen sich Kommunen als „Unternehmer“, indem sie beispielsweise Dorfläden oder ähnliche Einrichtungen gründen und unterstützen.

Im Rahmen der Hartz IV-Reform ist es möglich geworden, so genannte 1-Euro-Kräfte zur Erledigung kommunaler Aufgaben heranzuziehen. Angesichts knapper Finanzressourcen der Kommunen ist die Versuchung groß, auf diese Weise Kosten einzusparen.

Was zu tun ist:

► Kommunale Aufgabenkonzentration:

Die Betätigung von Kommunen ist auf den hoheitlichen Bereich sowie solche Aufgaben der Daseinsvorsorge zu beschränken, die privatwirtschaftlich nicht mit vergleichbarer Effizienz zu lösen sind. Das Grundprinzip der Marktwirtschaft muss Vorrang haben.

► PPP-Modelle erproben:

Wo wirtschaftlich effizient darstellbar sollten Public Private Partnership (PPP) Projekte verstärkt zum Einsatz kommen, um betriebswirtschaftliches Know-how und wettbewerbles Effizienzstreben privatwirtschaftlicher Unternehmen stärker für den kommunalen Bereich nutzbar zu machen.

► Gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen:

Kommunen dürfen nur dann als „Unternehmer“ auftreten, wenn hierdurch ein Beitrag zur Verbesserung der Versorgungsinfrastruktur vor Ort geleistet wird, der in keinem direkten Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Anbietern steht oder Betätigungsfelder für Existenzgründer beschränkt. Im Rahmen der Diskussion um den sog. „kommunalen Querverbund“ muss ordnungspolitisch sauber zwischen hoheitlicher und „privatrechtlicher“ Tätigkeit der Kommunen getrennt werden. Gewinne und Verluste „kommunaler Unternehmen“ sollten im nicht-hoheitlichen Bereich, wie bei allen übrigen Wett-

bewerbern, besteuert werden, damit Chancengleichheit am Markt besteht.

► Zurückhaltung bei 1-Euro-Jobs:

Durch den Einsatz von 1-Euro-Kräften darf es zu keiner Verdrängung privatwirtschaftlicher Tätigkeiten und damit regulärer Arbeitsverhältnisse kommen.



Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Inwieweit haben Sie Privatisierungspotenziale in den letzten Jahren ausgeschöpft und beabsichtigen dies in den nächsten Jahren zu tun?
- ❓ In welchen Bereichen haben Sie die Wirtschaft verstärkt in die Erfüllung staatlicher Aufgaben einbezogen?
- ❓ Wie stellen Sie sicher, dass bei der Vergabe von 1-Euro-Jobs weder Unternehmen Wettbewerbsnachteile erfahren noch Marktchancen für Unternehmensgründer geschmälert werden?

Wie es ist:

In vielen Bereichen der Umwelt- und der Energiepolitik fehlt das Vertrauen der politisch Verantwortlichen in marktwirtschaftliche Instrumente. So wird Umweltpolitik in Europa und Deutschland immer mehr zur Kontrollwirtschaft und Energiepolitik zur Förder- und Verbotspolitik.

Was zu tun ist:

► Daseinsvorsorge mit Privatisierungspotenzial:

Die Bereiche Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung werden aus falsch verstandener Tradition stark von kommunalen Unternehmen dominiert. Auch in diesen Bereichen muss jedoch der ordnungspolitische Grundsatz „Privat vor Staat“ gelten. Privatisierungspotenziale sollten daher konsequent genutzt werden. PPP-Projekte könnten gegebenenfalls als mögliche Zwischenstufe zu einer vollständigen Marktöffnung eine konstruktive Rolle spielen.

► Ver- und Entsorgungskosten prüfen:

Wasserver- und Entsorgungsgebühren sind ein nicht unbedeutender Kostenfaktor für die Unternehmen und stellen damit einen relevanten Standortfaktor dar. Die jeweiligen Gebührensätze sollten durch Benchmarks transparent dargestellt, verglichen und veröffentlicht werden. Denn Kommunen sind im Standortwettbewerb gefordert, moderate Preise zu gewährleisten.

► Nachhaltige Umweltauflagen:

Auflagen des flächenbezogenen Umweltschutzes verzögern, verteuern oder verhindern häufig gewerbliche Ansiedlungen, den Abbau von Rohstoffen und den Ausbau von Infrastruktur. Die Kommunen sind in ihrem Zuständigkeitsbereich aufgefordert, nachhaltige Maßnahmen zu wählen, um Mobilität, Wirtschaftskraft und Beschäftigungsmöglichkeiten nicht über die Maßen einzuschränken.

► Sichere Energieversorgung gewährleisten:

Gegen den Neubau effizienter Kohlekraftwerke oder Anlagen zur dezentralen Stromerzeugung mobilisieren vielerorts Kommunalpolitik und Umweltverbände. Entsprechende Planungen mussten bereits zurückgestellt oder ganz revidiert werden. Auf absehbare Zeit wird Deutschland jedoch nicht ohne Kohle und Kernkraft auskommen. Die Kommunalpolitik muss sich deshalb ihrer



Verantwortung für eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung bewusst werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Kommune Miteigentümer von Energiedienstleistungsunternehmen ist.

► Einflussmöglichkeiten auf Strom- und Gaspreise nutzen:

Kommunale Entscheidungsträger haben, wenn auch nur begrenzt, Einflussmöglichkeiten auf die Strom- und Gaspreise. Ansatzpunkte gibt es zum Beispiel bei den Konzessionsabgaben der Energieversorgungsunternehmen, gegebenenfalls über die einschlägigen Gremien der Stadtwerke und bei einer bedarfsgerechten Ausweisung von Gewerbeflächen, um nicht unnötige Bereitstellungs- und Wartungskosten beim Strom- und Gasnetz zu generieren.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wurden Initiativen ergriffen, um kommunale Tätigkeiten in der Wasserversorgung, Abwasser- und Kreislaufwirtschaft zu privatisieren?
- ❓ Wie werden regionale Initiativen zur Energieversorgung und Steigerung der Versorgungssicherheit unterstützt?
- ❓ Wurde auf die Unterstützung und Förderung ideologischer sowie unwirtschaftlicher Maßnahmen zur Energieversorgung verzichtet?
- ❓ Wie setzen Sie sich für die Abschaffung der Konzessionsabgabe auf die Strom- und Gasnetze ein?

Standortklima:

Verwaltungseffizienz steigern, Wirtschaftsorientierung erhöhen

Wie es ist:

Im kommunalen Bereich existieren noch immer Parallelstrukturen. Sei es, dass zwei Rathäuser in der gleichen Stadt stehen oder benachbarte Verwaltungseinheiten identische Arbeiten durchführen. Außerdem nehmen die Kommunen teils Aufgaben wahr, die nicht notwendigerweise von ihnen erledigt werden müssen.

Viele Verwaltungsakte können mittlerweile auf elektronischem Wege abgewickelt werden. Es bestehen jedoch weiterhin Bereiche, die noch in den traditionellen Kommunikationsformen verhaftet sind.

Vierorts leisten die Kommunen eine sehr gute Wirtschaftsförderung, doch es gibt auch immer wieder Beispiele umständlichen und unnötig bürokratischen Agierens. Darüber hinaus endet Wirtschaftsförderung noch zu oft an den Gemeinde- und Kreisgrenzen.

Was zu tun ist:

► **Parallelarbeiten vermeiden:**

Durch verstärkte Kooperation zwischen Kommunen bzw. Verwaltungseinheiten sollten Skalenvorteile genutzt und die dadurch erzielten Einsparungen in Form niedrigerer Gebühren, Beiträge und Steuern an Unternehmen und Bürger weitergereicht werden.

► **Aufgabeninventur vornehmen:**

Die Kommunen sollten Aufgabeninventur und damit den kritischen Blick auf die Ausgabenseite ihrer Haushalte als Daueraufgabe begreifen. Sinnvoll ist die Einbeziehung privater Dienstleister in die Aufgabenerfüllung, da diese oft günstiger sind. Zu denken ist hier beispielsweise an das Facility-Management oder die Grünanlagenpflege.

► **E-Government ausbauen:**

E-Government sollte konsequent weiter ausgebaut werden, um Prozesse zur Information, Kommunikation und Transaktion zwischen kommunaler Verwaltung und Unternehmen zu vereinfachen bzw. schneller und kostengünstiger zu gestalten.

► **Unternehmen als Schlüsselkunden definieren:**

Es muss zur Kernaufgabe jeder kommunalen Verwaltung werden, Unternehmensgründung und -entwicklung sowie Bestandspflege nach Kräften zu unterstützen. Neben der Überprüfung sämtlicher wirtschaftsbezogener

Verwaltungsvorschriften auf Erforderlichkeit und Zielorientierung sollten insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden: schnelle Genehmigungsverfahren mit vorher definierten Fristen, transparente Zuständigkeitsregelungen, Lotsendienste bei komplexen Antragsverfahren, Durchführung von Unternehmenssprechtagen, Erstellung von Checklisten für wiederholt auftretende Verwaltungsvorgänge, die Unternehmen betreffen. Grundsätzlich sollte sich die kommunale Wirtschaftsförderung überall als „aktiver Kümmerer“ einbringen, der zu den Unternehmen engen Kontakt hält.

► **Von den Besten lernen:**

Es ist kaum möglich, jeweils das „Rad neu zu erfinden“. Kommunen sollten es sich zur Aufgabe machen, systematisch von Leuchtturmbeispielen zu lernen, wie sie unter anderem im Rahmen des Landeswettbewerbs „Mittelstandsfreundliche Kommunen“ vorgestellt werden.



Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wo sehen Sie Potenziale zur Effizienzsteigerung in der kommunalen Verwaltung und zur Beschleunigung von Verfahrensabläufen und wie sollen diese ausgeschöpft werden?
- ❓ Wie ist sichergestellt, dass Genehmigungsverfahren zügig und kundenorientiert bearbeitet werden?
- ❓ Gibt es in den kommunalen Verwaltungseinrichtungen bereits zentrale Ansprechpartner für die Wirtschaft bzw. sind diese geplant?

Stadt- und Handelsentwicklung: Multifunktionale Innenstädte mit attraktivem Handel erhalten



Wie es ist:

Der Handel ist neben starkem Wettbewerbsdruck zu häufig auch Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt, unter anderem hinsichtlich der Standorttypen Innenstadt und „Grüne Wiese“.

In vielen Kommunen werden großflächige Einzelhandelsbetriebe mit innenstadtrelevanten Sortimenten zu Lasten der Zentren in Randlagen oder auf der „Grünen Wiese“ angesiedelt. Entstehende Leerstände strahlen negativ auf ihr Umfeld aus. Nachteile für innerstädtische Standorte können sich außerdem ergeben durch nicht optimales Verkehrsmanagement und durch nicht funktionierende, zu große Fußgängerzonen.

Zusätzlich sind kommunale Satzungen häufig nicht unternehmensfreundlich. So verlieren Innenstädte und Ortskerne ihre Qualität als Standort für Handel, Gastronomie und Dienstleistungen und damit letztlich ihre Multifunktionalität und Lebendigkeit.

Was zu tun ist:

► Im Zweifel für die Innenstadt:

Unkontrolliertes Wachstum von Einzelhandelsflächen auf der „Grünen Wiese“ fördert die Verödung der Innenstädte. Kommunen sollten eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Innenstädten und Rand-/Außenbereichen anstreben, insbesondere bei der Sortimentsgestaltung. Das heißt beispielsweise, keine innenstadtrelevanten Sortimente in Randlagen und auf der „Grünen Wiese“ zuzulassen.

► Erreichbarkeit sicherstellen:

Die Innenstädte müssen möglichst gut mit motorisiertem Individualverkehr und mit ÖPNV erreichbar sein. Auch ausreichend Parkmöglichkeiten mit kundenfreundlicher Bewirtschaftung sind essentiell.

► Aufenthaltsqualität fördern:

Neben Funktionsmix und Angebotsvielfalt prägen Gestaltung, Atmosphäre, Sicherheit und Sauberkeit die Aufenthaltsqualität einer Innenstadt. Die Kommunen können durch aktives Laden-/Gewerbeflächenmanagement, ortsbezogen angemessene Dimensionierung von Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen, durch Sicherheitskonzepte und konsequente Stadtreinigung wesentlich dazu beitragen.

► Stadtmarketing unterstützen:

Erfolgreiches Stadtmarketing basiert auf der Zusammenarbeit von Kommunen und Standortinitiativen / Werbegemeinschaften. Gemeinsam können die Standortbedingungen effizienter verbessert und letztlich auch die Prosperität der Kommunen gefördert werden.

► Kommunale Satzungen unternehmerfreundlich gestalten:

Die Kommunen sollten auf zu hohe Stellplatzablässe verzichten. Sie sollte Gestaltungs-, Werbeanlagen- und Sondernutzungssatzungen gemeinsam mit den ansässigen Gewerbetreibenden erarbeiten und auf unverhältnismäßig einengende Regelungen verzichten.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wie steuern Sie Einzelhandelsansiedlungen im Zweifel zugunsten der Innenstadt? Haben Sie ein aktuelles (regionales) Einzelhandelskonzept? Betreiben Sie aktives Laden-/Gewerbeflächenmanagement?
- ❓ Wie optimieren Sie die verkehrliche Erreichbarkeit? Haben Sie ein Verkehrskonzept?
- ❓ Wodurch fördern Sie die Attraktivität der Innenstadt? Wie unterstützen Sie Stadtmarketing beziehungsweise die Standortinitiative vor Ort?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kinderbetreuung verbessern, lokale Akteure vernetzen

Wie es ist:

Viele junge Eltern wünschen sich zeitnah nach der Geburt ihrer Kinder wieder berufstätig zu sein. Dieser Wunsch scheitert noch allzu oft an mangelnden Betreuungskapazitäten, insbesondere für Kleinstkinder.

Eine IHK-Umfrage zeigt, dass ein gutes Kinderbetreuungsangebot ein wichtiger Standortfaktor ist. Derzeit müssen Eltern ihre Kinder noch zu oft innerhalb des Gemeindebezirks ihres Wohnortes betreuen lassen. Gerade für mobile Berufstätige stellt dies eine Einschränkung dar.

Die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen sind oft viel zu kurz und unflexibel.

Die Herausforderung, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, endet nicht mit dem Kindergartenalter. Das Angebot von Ganztagschulen ist noch zu gering.

Was zu tun ist:

► **Betreuungsangebote ausbauen:**

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf herbeizuführen und damit dem Arbeitsmarkt die dringend benötigten qualifizierten Fachkräfte zuzuführen, sind die Kommunen aufgefordert, den Ausbau der Betreuungskapazitäten insbesondere für Kleinstkinder konsequent fortzuführen.

► **Wahlmöglichkeiten beim Betreuungsort eröffnen:**

Bei der Wahl des Betreuungsortes sollte eine stärkere interkommunale Flexibilität bestehen. Zudem sollte die Kooperation zwischen Kommunen und Unternehmen in Betreuungsfragen ausgebaut werden, beispielsweise mit dem Ziel, arbeitsortnahe Belegplätze einzurichten.

► **Kita-Öffnungszeiten anpassen:**

Eine wirksame Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann nur gelingen, wenn sich die Öffnungszeiten der Einrichtungen an den Erfordernissen des Berufslebens orientieren, d. h. es ist die Ganztagsbetreuung auszubauen und eine Öffnung der Einrichtung auch am Abend und in den Ferienzeiten zu gewährleisten.

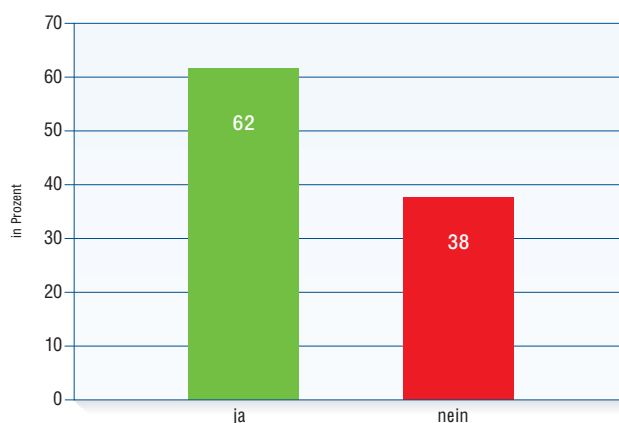
► **Ausbau von Ganztagschulen:**

Der weitere Ausbau von Ganztagschulen bietet die Chance, berufstätige Eltern zu entlasten und ist auch ein Beitrag zur Verbesserung des Bildungskapitals junger Menschen.

► **Lokale Akteure vernetzen:**

Auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Region ist eine Zusammenarbeit von lokalen Kooperationspartnern wie z.B. Kommunen, Unternehmen und IHKs, Kirchen oder Jugendämtern zielführend. Die Kommunen sollten die Vernetzung aller Partner und damit Schaffung von lokalen Bündnissen für Familien vorantreiben.

Bietet Ihre Einrichtung gesicherte Alternativbetreuung während der Schließzeiten in den Ferien an?



Quelle: Umfrage der IHK Koblenz 2008 bei Kinderbetreuungseinrichtungen

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wie passen Sie die kommunalen Betreuungsangebote stärker an die zunehmend flexible Arbeitswelt an?
- ❓ Wie unterstützen Sie Eltern dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren?
- ❓ Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Beschäftigungsquote von Frauen zu erhöhen?
- ❓ Werden Sie lokale Bündnisse für Familien initiieren oder ausbauen?

Tourismus: Mehr als eine freiwillige Aufgabe

Wie es ist:

Tourismus hat sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Dies belegen auch Wertschöpfungsstudien der IHK. Die Ausgaben der Tages- und Übernachtungsgäste tragen nicht nur zum finanziellen Erfolg in Hotellerie und Gastronomie bei, sie sorgen auch in hohem Maße für Umsatz im Handel und Dienstleistungsgewerbe. Damit trägt der Tourismus verstärkt zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

Vom Tourismus partizipieren viele Kommunen auch durch vermehrte Steuereinnahmen. So machen viele anerkannte Fremdenverkehrsgemeinden von der Möglichkeit Gebrauch, „Sondersteuern“ in Form der Fremdenverkehrsabgabe von den Unternehmen zu erheben.

Was zu tun ist:

► **Tourismus als Chance erkennen:**

Die Verantwortlichen in den Kommunen müssen erkennen, dass Tourismus mehr als nur eine freiwillige Aufgabe ist, die in Zeiten knapper Haushaltsmittel vor schnell dem Rotstift zum Opfer fällt. Tourismus bietet vielmehr die Chance, die wirtschaftliche Zukunft einer Gemeinde zu sichern, Arbeitsplätze zu schaffen und Wachstum zu generieren.



► **Tourismusstrategie 2015 umsetzen:**

Mit der Tourismusstrategie 2015 verfolgt das Land eine klare Zielsetzung für die touristische Zukunft des Landes. Die Kommunen sind angehalten, diese Strategie vor Ort mit Leben zu füllen. Dabei sollte sich auf die Zukunftstrends im Tourismus konzentriert und zugleich die natürlichen Ressourcen, die Kompetenz der Leistungsträger

und das kulturelle Erbe genutzt werden. Das touristische Angebot ist einer Stärken-Schwächen-Analyse zu unterziehen, Alleinstellungsmerkmale sind konsequent herauszuarbeiten.

► **Miteinander statt Gegeneinander:**

Keine Gemeinde wird es schaffen, sich künftig alleine am touristischen Markt zu positionieren. Die Gäste verhalten sich heute multioptional und themenorientiert. Ziel einer kommunalen Tourismuspolitik muss daher sein, sich in einen regionalen oder thematischen Verbund einzubringen und durch die Bündelung von Ressourcen und Finanzen nicht nur die Schlagkraft zu erhöhen, sondern auch die Produktqualität zu sichern.

► **Tourist-Infos professionalisieren:**

Die Tourist-Information spielt eine wesentliche Rolle mit Blick auf die Gästezufriedenheit. Leider entsprechen hier Ausstattung und Kundenorientierung nicht immer den Erwartungen der reiseerfahrenen Gäste. Im Sinne der Qualitätsorientierung ist daher jede touristisch ambitionierte Gemeinde aufgefordert, für eine angemessene sachliche und personelle Ausstattung der Tourist-Information sowie für kundenorientierte Öffnungszeiten zu sorgen.

► **Fremdenverkehrsabgabe für Tourismus einsetzen:**

Durch die Fremdenverkehrsabgabe erzielte Einnahmen sind konsequent für touristische Projekte zu verwenden und nicht zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher. Aufgabe der Kommune ist es, für die Sicherung der Basisinfrastruktur zu sorgen und Nachhaltigkeitskonzepte z. B. für die Erhaltung von Wanderwegen und Ortsbildern, die Attraktivität öffentlicher Gebäude und für Ausschilderungen zu entwickeln.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Ist bekannt, welche Wertschöpfung in der Gemeinde durch Tourismus erzielt wird?
- ❓ Gibt es eine Tourismusstrategie auf Ebene des Orts bzw. der Gemeinde?
- ❓ Wofür wird die Fremdenverkehrsabgabe konkret genutzt?

Der IHK-Bezirk Koblenz mit Kreisen und der Stadt Koblenz



Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► Zentralplatz

Das Thema Zentralplatz wurde intensiv diskutiert und bearbeitet mit dem Ziel, eine Realisierung bis zur Bundesgartenschau zu erreichen. Hieran muss konsequent festgehalten werden, nachdem die formalen Voraussetzungen geschaffen sind.

► IKEA

Die Ansiedlung von IKEA konnte zügig realisiert werden mit einem positiven Handels- und Dienstleistungsumfeld.

► Bundesgartenschau

Die Vorbereitungen zur Bundesgartenschau laufen gut. Es wird sehr professionell gearbeitet. Die Region wird eingebunden.

► Verkehrsinfrastruktur

Das Ziel der Nordtangente ist nur teilweise realisiert. Der Ausbau wird weiterhin zügig voranzutreiben sein. Positiv zu werten ist die Entscheidung für einen Schienenhaltepunkt Mitte.

► Uni/Fachhochschule

Es ist gelungen, auch mit Unterstützung der Stadt die Hochschulen weiter auszubauen und deren Profil zu schärfen.

► Wochenmarkt

Der auf dem Zentralplatz eingerichtete Wochenmarkt lässt viele Wünsche offen und kann nur als Übergangslösung betrachtet werden. Im Zuge der Baumaßnahmen am Zentralplatz ist ein Ortswechsel unabdingbar. Hier sollte auf einem anderen Platz in der Stadt eine professionelle Wochenmarktlösung gefunden werden.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Zentralplatz/Kulturbau

Die Diskussion um den Zentralplatz wurde dominiert von Themen zum Einzelhandel. Dabei wurde vielfach außer Acht gelassen, dass dort neben einer Einkaufsgalerie auch ein gleichberechtigter Kulturbau entsteht. Es ist darauf zu achten, dass hier der kommunale Bildungsauftrag erfüllt wird. Mit einer Mediathek, einer größeren Bibliothek, einem zeitgemäßen Museum und attraktiven Veranstaltungsmöglichkeiten kann es gelingen, einen



neuen kulturellen und gesellschaftlichen Mittelpunkt in Koblenz zu schaffen. Darüber hinaus ist das Präsentations- und Informationszentrum (PIM) geeignet, auch die regionalen Stärken im Sinne der Tourismusförderung aufzugreifen. Hier bietet es sich an, ein Schaufenster der Region Mittelrhein mit dem Unesco-Welterbe zu präsentieren.

► Bundesgartenschau/Schloss/Rhein-Mosel-Halle

Die Pläne der Bundesgartenschau 2011 sollten mit der Stadtentwicklung verknüpft werden. Hierbei spielen die Sanierung und der zeitgerechte Ausbau der Fußgängerzone Löhrrstraße eine Rolle. Sie gehört zu den 1a-Lagen im Oberzentrum. Der Zustand ist nicht mehr zeitgemäß. Ein moderner Ausbau muss zügig erfolgen.

Darüber hinaus sollte im Zuge der Attraktivitätssteigerung für die Stadt Koblenz und deren Einwohner der Masterplan Grün für die Stadtteile schrittweise umgesetzt werden. Das bindet die Einwohner und zieht neue in die Stadt.

Die Veranstaltungsflächen im Kurfürstlichen Schloss sollten für die Allgemeinheit geöffnet werden. In Verbindung mit der Sanierung und dem Umbau der Rhein-Mosel-Halle bietet sich hier eine Zusammenarbeit im Bereich des Kongresswesens an. Das könnte sehr deutlich die Attraktivität von Koblenz als Kongressstadt steigern, setzt aber innovative Tagungstechnik mit modernen multifunktionalen Tagungs- und Kongressräumen voraus, die noch zu schaffen sind.

► Verkehrsinfrastruktur

Nachdem der Bubenheimer Kreisel fertig gestellt ist, fehlt noch eine wesentliche Verbindung in der Infrastruktur (Ausbau der Nordtangente) zwischen den Standorten Gewerbepark Koblenz Nord/Industriegebiet – Bubenheimer Kreisel – Universität Koblenz-Landau in Metternich mit Gewerbepark bis hin zum Verwaltungszentrum Moselweiß. Die Stadt sollte alles daransetzen, dass diese bedeutende Verbindungsstrecke realisiert wird, um die Einzelstandorte systematisch zu verbinden. Das Ziel sollte auch temporäre Zwischenlösungen nicht ausschließen.

Nachdem der Kreisel im Industriegebiet Rheinhafen erstellt ist, müssen die weiteren Straßenabschnitte (Carl-Spaeter-Straße, August-Horch-Straße) saniert bzw. zügig ausgebaut werden.

Im Rahmen der Erreichbarkeit des Verwaltungszentrums muss auch in Moselweiß ein Schienenhaltepunkt gebaut werden. Im Verwaltungszentrum gibt es mehr als 10.000 Arbeitsplätze, sodass sich hier eine ÖPNV-Anbindung auch über die Bahn anbietet.

Die Bahnbrachen an Moselgüterbahnhof und Schönbornluster Straße müssen städtebaulich reaktiviert sowie von Altlasten befreit und saniert werden. Die Maßnahmen müssen darauf ausgelegt sein, die Flächen einer neuen Nutzung zuzuführen.

► Weiterentwicklung Güterverteilzentrum und Industriegebiet A 61

Im Rahmen der interkommunalen Kooperation sollten die Aktivitäten fortgesetzt werden. Schwerpunkte von Logistik und Industrie sind weiter auszubauen. Ein Logistik-Cluster kann hilfreich sein, Aktivitäten und Projekte zu fördern. Hierbei sind die regionalen Infrastrukturen z.B. der Fachhochschule Koblenz/Campus Remagen (Studium), der Schifffahrt sowie des Flughafens Frankfurt-Hahn zu integrieren.

► Ausbau Universität Koblenz-Landau; Campus Koblenz in Metternich und Technologiezentrum

Die Kapazitäten des Standortes sind heute schon mehr als ausgereizt. Durch die sehr gute Entwicklung der Universität sollte der Campus weiter ausgebaut werden. In Verbindung mit dem Technologiezentrum ergeben sich zusätzliche Synergien.

► Gründung eines außeruniversitären Instituts für Forschung und Entwicklung im Bereich der Informatik

Der Fachbereich Informatik an der Universität Koblenz, Campus Metternich, ist heute bereits der größte an einer rheinland-pfälzischen Hochschule. In Verbindung mit diesen Ressourcen sowie dem unternehmerischen Umfeld im Norden von Rheinland-Pfalz sollte für die Informatik ein Institut für Forschung und Entwicklung außerhalb der Universität gegründet werden.

► Konversionsprojekte

Die Fritsch-Kaserne muss einer neuen Nutzung zugeführt werden. Hierzu ist ein Konzept zu entwickeln. Das Thema Wohnen bietet sich an. Die Kaserne am Bubenheimer Berg (ehemalige Hundeschule) sollte ebenfalls als ein zukunftsweisendes Projekt entwickelt werden. Das STOV-Gelände in der Mayener Straße in Koblenz-Lützel steht für gewerbliche Zwecke zur Verfügung. Die Flächen der Langemarck-Kaserne eignen sich z.B. für eine Wohnbebauung. Das große Gelände Schmittenhöhe wird zurzeit frei. Es ist baurechtlich zu ordnen, ein Nutzungskonzept beispielsweise für Freizeit und für den Naturbereich zu entwickeln.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wie können Sie sicherstellen, dass der Zentralplatz zur Bundesgartenschau eine repräsentative und einladende Gestalt annimmt?
- ❓ Welchen Aufwand muss die Stadt zum Endausbau der Nordtangente betreiben und bis wann wird diese verkehrstechnisch wichtige Infrastrukturmaßnahme abgeschlossen?
- ❓ Wie und bis wann stellen Sie sicher, dass die Konversionsprojekte in Koblenz planungs- und bebauungsreif werden?
- ❓ Bis wann können die Unternehmen im Industriegebiet Rheinhafen damit rechnen, dass die anliegenden Straßen saniert bzw. ausgebaut werden?



Quelle: Nürburgring/Fotoagentur Urner

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► **Verkehrsinfrastruktur**

Die Fertigstellung der Umgehungsstraße Bad Neuenahr-Ahrweiler hat begonnen. Dieser Lückenschluss wird die Verkehrssituation in der Kreisstadt wesentlich verbessern. Bei Projekten des Bundes, auf die die kommunale Ebene Einfluss ausüben kann, gab es dagegen nur wenig Fortschritte. So steht die Anbindung der B 266 an die A 61 mittels einer Überquerung der Ahr zwischen Sinzig und Bad Bodendorf noch aus. Dadurch würde die Erreichbarkeit der Gewerbeflächen in Sinzig und Remagen erleichtert. Der Lückenschluss der A 1 von der nordrhein-westfälischen Landesgrenze bei Tondorf zur A 48 bei Mehren ist immer noch nicht vollzogen.

► **Flächendeckende Breitbandversorgung**

Eine flächendeckende Versorgung im Kreis Ahrweiler mit Breitbandanschlüssen ist durch die Initiative „DSL für alle“ der Kreisverwaltung angestoßen worden. In einer IHK-Studie war von Unternehmen die Breitbandverfügbarkeit als wichtigster Standortfaktor bewertet worden.

► **Nürburgring**

Die Weiterentwicklung des Nürburgrings zu einem ganzjährigen Freizeit- und Businesszentrum ist vorangetrieben worden. In einem Großprojekt mit einer Gesamtinvesti-

tionssumme in Höhe von 215 Millionen Euro entstanden neue Unterhaltungsangebote und Unterkunftsmöglichkeiten. Im Gewerbepark am Nürburgring haben sich zahlreiche Unternehmen angesiedelt, vorwiegend Betriebe mit einer Affinität zum Motorsport. Der Nürburgring bleibt damit ein Wirtschaftsmotor in der Region Adenau und ein Impulsgeber für weitere wirtschaftliche Ansiedlungen in dieser Region.

► **Innovationspark Rheinland**

Im „Innovationspark Rheinland“ zwischen den Ortsteilen Beller und Oeverich in der Gemeinde Grafschaft konnten die ersten Ansiedlungen von Betrieben verzeichnet werden. Die regionale Vermarktung hat sich dabei als erfolgreich erwiesen. Eine Anbindung dieses Gewerbegebiets an die A 61 ist über einen eigenen Anschluss erfolgt.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► **Tourismus**

Die Wirtschaftskraft des Kreises beruht in größeren Teilen auf dem Tourismus. Daher muss die Tourismus-

infrastruktur im Kreis Ahrweiler den wachsenden Bedürfnissen der Erholungssuchenden Rechnung tragen, um sich auch künftig gegen die nationale und internationale Konkurrenz behaupten zu können. Hierzu gehört ein entsprechendes Angebot an gehobener Gastronomie ebenso wie an modernen Hotels, Gaststätten und Ferienwohnungen mit zeitgemäßer Ausstattung. Durch professionelles Tourismus-Marketing müssen die Vorzüge der Region nach außen sichtbar präsentiert werden. Geplante Vorhaben im Bereich der touristischen Infrastruktur müssen zeitnah verwirklicht werden.

► Profilierung als Gesundheits- und Fitnessregion

Die Profilierung des Kreises Ahrweiler als Gesundheits- und Fitnessregion ist verstärkt voran zu treiben. Dieses für die Region treffende Leitbild muss inhaltlich weiter ausgestaltet werden. Ansatzpunkte hierfür liegen ange-



Quelle: Ahrtal-Tourismus Bad Neuenahr-Ahrweiler e.V.

sichts der bereits im Kreis vorhandenen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen in der kurativen und präventiven Medizin. Daneben müssen privatwirtschaftliche Initiativen, wie beispielsweise die Einrichtung von Nordic-Walking-Parcours, ebenso unterstützt werden wie der Ausbau des Radwegenetzes und der Wanderwege.

► Verkehrsinfrastruktur

Infrastrukturmaßnahmen müssen zügig realisiert werden. Die Baumaßnahmen zur Fertigstellung der Umgehungsstraße Bad Neuenahr-Ahrweiler müssen von der kommunalen Ebene weiter vorangetrieben werden, ebenso die Planungen zur Anbindung der B 266 an die A 61. Schließlich ist auch der A 1-Lückenschluss endlich zu vollziehen.

► Flächendeckende Breitbandversorgung

Breitbandige Internetanbindung muss flächendeckend gewährleistet werden. Wenn keine Versorgung durch die Deutsche Telekom verwirklicht werden kann, sind Angebote alternativer Anbieter zu prüfen, wie beispielsweise funk- oder satellitengestützte Lösungen.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wie ist der Zeitplan für die Fertigstellung der Umgehung Bad Neuenahr-Ahrweiler und der Anbindung der B 266 an die A 61? Wie engagieren Sie sich für das Projekt?
- ❓ Mit welchen Anbietern verhandeln Sie zur Umsetzung der kreisweiten Initiative „DSL für alle“?
- ❓ Welche konkreten Anstrengungen werden unternommen, um das touristische Angebot in der Kommune attraktiv und zeitgerecht zu gestalten? Wird dabei inhaltlich auch dem Gedanken der Gesundheits- und Fitnessregion Rechnung getragen?
- ❓ Wie entwickeln sich die vorhandenen Gewerbegebiete und wo ist Platz für die Ansiedlung neuer Betriebe?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Der Landkreis Altenkirchen liegt zwischen der A 4 im Norden, der A 45 im Osten und der A 3 im Süden. Trotz dieser insgesamt günstigen Lage hat der Kreis erhebliche Probleme im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Diese liegen in der Anbindung an die großen Verkehrsachsen sowie in der inneren verkehrlichen Erschließung des Kreises. Beides ist trotz einiger begrüßenswerter Verbesserungen nach wie vor unzureichend. Die Unternehmer im Kreis Altenkirchen sind, wie eine IHK-Standort- und eine IHK-Verkehrsumfrage zeigen, mit der Straßeninfrastruktur im Kreis unzufrieden.

► Bestandspflege und Gewerbeflächenvermarktung

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises ist verstärkt worden. Die Bestandspflege und Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch die Wirtschaftsförderung ist richtig und sinnvoll. Hier sind z. B. durch die Clusterinitiative Metall Erfolge zu verzeichnen. Die Vermarktung der Gewerbeflächen im Kreis auch nach außen erfolgt jedoch immer noch zu wenig unter der zentralen Verantwortung der Kreis-Wirtschaftsförderung.

► Breitband-Versorgung

Die Breitbandversorgung im Kreis Altenkirchen ist voran gekommen, aber es existieren noch eine Reihe von nicht oder schlecht versorgten Gebieten. Insbesondere bei der Planung von Gewerbegebieten muss eine leistungsfähige Breitbandversorgung zum Standard gehören.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

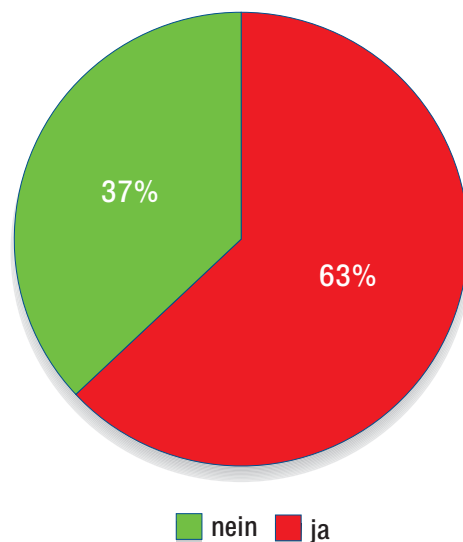
Die Verkehrsinfrastruktur bleibt das zentrale Thema im Landkreis Altenkirchen, weshalb die Kommunen aufgefordert sind, neben ihrer eigenen Verantwortlichkeit auch auf die Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene entsprechend einzuwirken.

Die bessere Anbindung an um den Kreis herumführende Autobahnen sowie eine bessere interne Erschließung sind nach wie vor die wichtigsten Forderungen der regionalen Wirtschaft zur Standortverbesserung.

Von herausragender Bedeutung sind:

- Autobahnanbindung (Ausbau B 256 zur A 3)
- Überholspuren auf Bundes- und Landstraßen (B 8, B 414, B 62)
- Ausbau B 8 – B 414 – B 255
- Ausbau B 62.

Ist die gegenwärtige Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur im Kreis Altenkirchen ein Standortnachteil für Ihr Unternehmen?



Quelle: Verkehrsumfrage der IHK Koblenz 2007

Ebenfalls wichtig ist der Ausbau der L 278, die die Verbindung an die A 4 darstellt. Zur Verkehrsinfrastruktur zählt auch die Verbesserung der Fahrbahneigenschaften. Dies gilt besonders für die Kreisstraßen. Hier herrscht eine starke Unzufriedenheit, wie eine IHK-Verkehrsumfrage zeigt. Auch die Straßen in Gewerbegebieten sind häufig verbesserungsbedürftig, was auch dem Image der Gewerbegebiete abträglich ist.

Die Verbesserung der Verkehrssituation in Betzdorf hat überregionale Bedeutung. Hier sind die Realisierung der beiden Verkehrsknotenpunkte auf der B 62 und die geplante Umgehung sehr wichtig.

Die Landesregierung hat im November 2008 die Planungen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Kreis Altenkirchen mit insgesamt über 50 Maßnahmen



Quelle: Wirtschaftsförderung Betzdorf

konkretisiert. Dies wird von der Wirtschaft begrüßt, allerdings wird der zeitliche Horizont als zu langfristig empfunden. Die Wirtschaft wünscht die zeitnahe Umsetzung der inhaltlich richtigen Maßnahmen. Diese Forderung sollten die kommunal Verantwortlichen gegenüber Landes- und Bundesebene unterstützen.

► Flächenmanagement

Die Flächenplanung im Kreis Altenkirchen sollte sich insgesamt an Leitlinien der übergeordneten Wirtschaftsförderung ausrichten und nachhaltig betrieben werden. Dabei ist es zu vermeiden, aufgrund von Ad-hoc-Anfragen künftige Entwicklungsmöglichkeiten zu „verbauen“. Die Gewerbegebiete im Landkreis sind sehr unterschiedlich im Hinblick auf Vermarktbarkeit und Besatz. Sie sollten analysiert, bewertet und einheitlich durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises vermarktet werden.

Auch Neuausweisungen von Gewerbegebieten sind mindestens auf Kreisebene zu koordinieren. Dadurch könnte Kirchturmdenken überwunden und ein finanzieller Ausgleich für die Gemeinden gefunden werden, die keine Gewerbeflächen ausweisen können.

► Ansiedlungen

Ansiedlungs- und erweiterungswillige Unternehmer sollten durch den Kreis und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft intensiv unterstützt werden. Wünschenswert ist die Einrichtung einer Task-Force zwischen Wirtschaftsförderung und Genehmigungsstellen im Kreis.

► Innenstädte und Ortskerne

Die Mittelzentren im Kreis Altenkirchen brauchen Unter-

stützung. Hier haben sich der Rückgang des Einzelhandelsangebotes und der damit einhergehende Verlust an Lebensqualität fortgesetzt. Die Zentren müssen wieder interessant gemacht und mit Leben erfüllt werden. Das wird auch dazu beitragen, den in diesem Bereich angesiedelten Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen eine bessere Perspektive zu bieten. Noch immer fehlen in der Bauleitplanung integrierte Einzelhandelskonzepte. Diese sollten unter Beteiligung der Leistungsträger entwickelt werden und die Stärkung der Mittelzentren und Planungssicherheit für investitionswillige Unternehmen zum Ziel haben. Zentral ist hierbei die Beachtung der Vorgaben von Raumordnung und Landesplanung auch bei der Genehmigung großflächiger Einzelhandelsprojekte.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welche Verkehrsinfrastrukturprojekte sind für Sie die wichtigsten und wie wollen Sie diese voranbringen?
- ❓ Inwieweit befürworten Sie eine koordinierte Ansiedlungs- und Vermarktungsstrategie unter zentraler Verantwortung der Kreis-Wirtschaftsförderungsgesellschaft und wie sollte diese gegebenenfalls konkret aussehen?
- ❓ Wie werden Sie ansiedlungs- und erweiterungswillige Unternehmen unterstützen?
- ❓ Welche Maßnahmen planen Sie zur Stärkung des Orts-/Stadtkerns?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

Einige Forderungen der Wirtschaft wurden in den letzten Jahren umgesetzt. So kommt die Entwicklung des Naturparks Soonwald-Nahe gut voran, auf dem Konversionsgelände Airfield in Bad Kreuznach wurde über den Lebensmittelmarkt hinaus kein weiterer großflächiger Einzelhandel angesiedelt. Positiv entwickeln sich die Gewerbegebiete Waldlaubersheim und Pferdsfeld, wo es zu weiteren Unternehmensansiedlungen kam.

Bei einer Reihe von Forderungen gab es jedoch keine bedeutenden Fortschritte. Hierzu zählen eine wirtschaftsorientierte Bauleitplanung und die verstärkte Zusammenarbeit der drei Kurstädte Bad Kreuznach, Bad Münster am Stein-Eberburg und Bad Sobernheim, der weitere Ausbau der B 41, die Bündelung der Wirtschaftsförderung sowie die Unterstützung des Tourismus.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Die kommunal Verantwortlichen sollten sich stark machen für einen komplett vierspurigen Ausbau der B 41 von Bad

Kreuznach bis Birkenfeld. Die Straße stellt eine verkehrliche Lebensader beider Kreise dar. Weiterhin wünschenswert wäre eine bessere verkehrliche Anbindung der Stadt Meisenheim an die B 41. Des Weiteren sollte die Hunsrückbahn zum Flughafen Frankfurt-Hahn möglichst schnell reaktiviert werden.

► Sanierung des Kreishaushaltes

Der Kreis Bad Kreuznach ist hoch verschuldet. Um finanziell wieder handlungsfähiger zu werden, muss der Schuldenberg abgebaut werden.

► Flächendeckende Breitbandversorgung

Die Wirtschaft fordert weiterhin mit Nachdruck eine Breitband- und Mobilfunkanbindung der kleinen Gemeinden im Kreis.

► Naturpark Soonwald-Nahe

Die Entwicklung des Naturparks Soonwald-Nahe kann zu weiterem touristischen Wachstum in der Region führen. Hierzu ist es jedoch notwendig, dass aufgrund des Umweltschutzes der Spielraum der Nutzungsmöglichkeiten nicht zu stark eingeschränkt wird.



Quelle: Verlag Matthias Ess



Quelle: Verlag Matthias Ess

► Stärkung der Innenstadt von Bad Kreuznach

Nach den gelungenen Maßnahmen zum Hochwasserschutz, der Renovierung vieler Häuser in der Innenstadt und dem Ausbau der Kuranlagen (Bäderhaus, Haus des Gastes, Crucenia Gesundheitszentrum, Fürstenhof) muss es das Ziel der Stadt sein, das Geschäftszentrum zu stärken, um die City bürger- und damit kundenfreundlicher zu gestalten.

► Entwicklung des Konversionsgeländes „Flugplatz Pferdsfeld“

Aufgrund der zentralen Lage des Konversionsgeländes „Flugplatz Pferdsfeld“ im Kreis Bad Kreuznach ist die Ansiedlung weiterer Unternehmen von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft des Kreises und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Vermarktung des Areals durch einen privaten Investor und die Aktivitäten der Verbandsgemeinde sind weiterhin zu unterstützen.

► Entwicklung des Gewerbegebietes Waldlaubersheim

Das Gewerbegebiet in Waldlaubersheim neben der A 61 war in den vergangenen Jahren das erfolgreichste Ge-

werbegebiet bei der Akquisition ansiedlungswilliger Firmen im Kreis Bad Kreuznach. Hier gilt es, diesen Trend zu nutzen, das Gewerbegebiet zu vergrößern und weitere Unternehmen anzusiedeln.

► Bad Münster am Stein-Ebernburg

Die Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg konnte sich in den vergangenen fünf Jahren etwas besser weiterentwickeln. Dennoch war die Schließung weiterer Geschäfte zu verzeichnen. Es ist dringend notwendig, die Gebäude im und in der Nähe des Kurparks – hier vor allem das verfallende Klinikgebäude, das unmittelbar gegenüber dem Kurhaus liegt - an potente Investoren zu veräußern, um den Bürgern und den Geschäftsleuten der Stadt Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

► Schulen

Die Schulen in kommunaler Trägerschaft verfügen in der Regel über eine gute Ausstattung. Dies gilt auch für die drei Berufsbildenden Schulen. Die Beibehaltung dieses Standards sollte auch in Zukunft hohe Priorität genießen. Die Wirtschaft des Kreises wird auch in Zukunft einen hohen Fachkräftebedarf haben.

► Stadt Kirn und Kirn-Land

Aus Gründen der Effektivitätssteigerung sollte die Zusammenlegung der Stadt Kirn mit der Verbandsgemeinde Kirn-Land angestrebt werden.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welche Akzente setzen Sie im Bereich der Wirtschaftsförderung?
- ❓ Wie kann die finanzielle Leistungsfähigkeit Ihrer Kommune verbessert werden?
- ❓ Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Ausbau der B 41 zu forcieren?
- ❓ Wie wird das Gebiet des Kreises Bad Kreuznach nach der Verwaltungs- und Kommunalreform aussehen?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Eine Reihe von Kreisstraßen konnte saniert werden, was die Verkehrssituation insgesamt aufgewertet hat. Die Kreisverkehrslösung B 41/Weierbach ist im Bau, der Fortschritt der Planungen für den Kreisverkehr an der B 41/L 170 lässt auf die baldige Baudurchführung hoffen. Die Leistungsfähigkeit der B 41 wird in diesem Abschnitt dadurch erheblich verbessert. Die Weiterführung der Straße „Kaufacker“ parallel zur B 41 schafft für die dortigen Betriebe endlich eine vollwertige Anbindung.

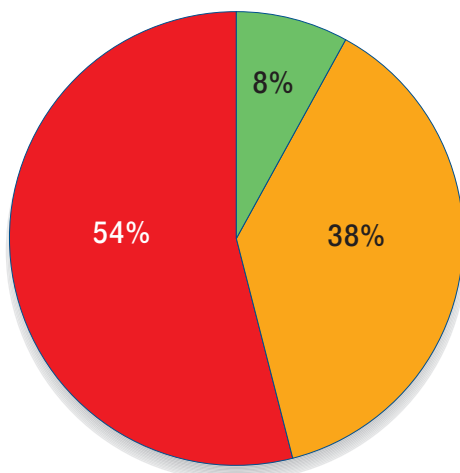
► Gewerbesteuern

Der letztendliche Verzicht auf eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 380 auf 400 Prozent in Idar-Oberstein ist ein gutes Signal für die regionale Wirtschaft. Gleichwohl ist der Satz von 380 Prozent immer noch relativ hoch und sollte auf das Niveau des Umlandes oder darunter gesenkt werden, um Betriebe zurück in die Stadt zu holen.

► Stadt- und Handelsentwicklung

Die Verabschiedung einer Verbotsliste für innenstadtrelevante Handelssortimente auf der Grünen Wiese in Idar-Oberstein ist aus unserer Sicht ein erster und notwendiger Schritt zur Wiederbelebung des Handelsstandortes Innenstadt.

Beurteilung der Verkehrsanbindung des Kreises Birkenfeld durch die dort ansässigen Unternehmen



■ gut oder sehr gut ■ befriedigend ■ schlecht

Quelle: Verkehrsumfrage der IHK Koblenz 2007

► Multifunktionshalle in Idar-Oberstein

Der Bau der Multifunktionshalle in Idar-Oberstein ist zwar unter haushaltspolitischen Aspekten nach wie vor kritisch zu sehen; jedoch wird die Halle zu einer Belebung der wirtschaftlichen Situation beitragen. Die IHK ist bereit, das Projekt zu unterstützen.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Als wichtigste verkehrspolitische Maßnahme verlangt die Wirtschaft den zügigen, möglichst vierspurigen Ausbau der B 41 nach Osten und fordert die Kommunalpolitik auf, sich hierfür dezidiert einzusetzen. Der Kreis und die Stadt Idar-Oberstein brauchen eine leistungsfähigere Anbindung an das Fernstraßennetz im Osten und die Metropolregion Rhein-Main. Weiterhin ist der landschaftsverträgliche und finanzierbare Ausbau der Hunsrückspange / L 190 zu realisieren, um das Kreisgebiet an den Gewerbestandort Flughafen Frankfurt-Hahn anzubinden.

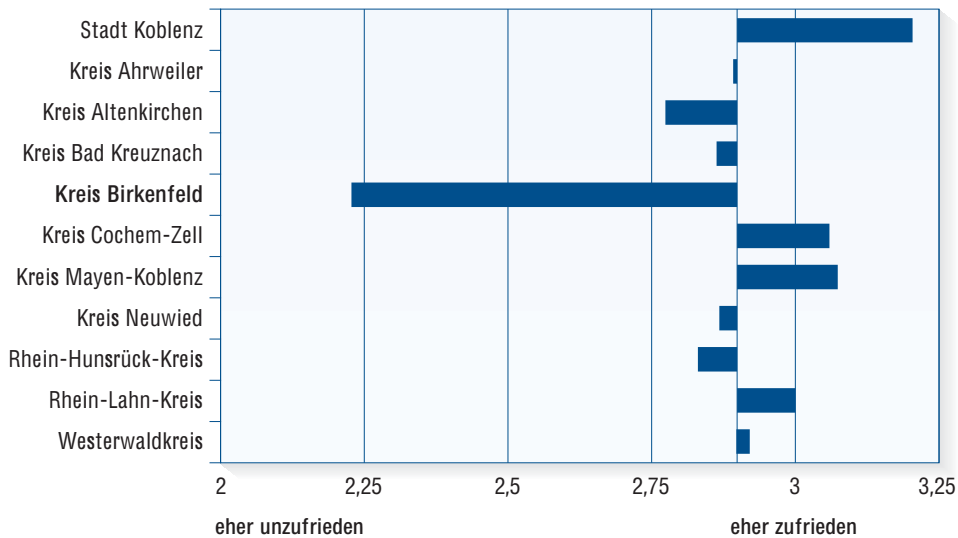
► Innenstädte stärken

Es müssen Maßnahmenbündel entwickelt werden, die die Standortattraktivität der Innenstädte im Kreis verbessern. Zu denken ist dabei an kostengünstigere Parkraumbewirtschaftung im Zusammenhang mit einer Prüfung der Parkhausmietverträge und weichere Verkehrsüberwachung, Verbesserung des Schutzes vor Gewaltkriminalität und Vandalismus durch ein leistungsfähiges Sicherheitskonzept, Sanierung bzw. Ersatz des demolierten Stadtmobiliars und Senkung der Parkplatzablösebeträge und Nutzungsentgelte für öffentlichen Verkehrsraum.

Auf die Agenda gehören außerdem ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen ohne Beeinträchtigung der Außengastronomie, die Schaffung von Fahrrad- und Motorradparkplätzen und nicht zuletzt die Formulierung eines durchgängigen Einzelhandelskonzeptes für das gesamte Gebiet einer Stadt. Dieses Konzept sollte sich unter anderem auch mit der Kartierung innerstädtischer Leerstände und Brachflächen und Möglichkeiten von Nutzungskopplungen im Einzelhandel befassen. Notwendig ist auch, der Verbesserung der Wohnraumqualität in den Innenstädten mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Zufriedenheit der Unternehmen mit dem Image der Region

(Abweichungen vom Durchschnittswert für den gesamten IHK-Bezirk)



Quelle: Standortumfrage der IHK Koblenz 2007

► Lücken in der Breitbandversorgung schließen

Breitbandanschlüsse sind für kleine Unternehmen, die Standleitungen nicht wirtschaftlich nutzen können, ebenso wichtig wie für die Wohnbevölkerung. Die kostenmäßige Beteiligung von Kommunen an der Erschließung ist grundsätzlich notwendig und vertretbar.

► Bahnhof sanieren und Schnittstellen optimieren

Der Bahnhof Idar-Oberstein wird sowohl optisch als auch funktional den Erwartungen des modernen Reiseverkehrs nicht gerecht. Die Stadt Idar-Oberstein sollte sich für eine schnelle und nachhaltige Besserung einsetzen und über neue Funktionen des Bahnhofs diskutieren. Sinnvoll ist auch die Schaffung von zusätzlichen Park&Ride-Plätzen. Das unmittelbare Umfeld des Bahnhofs muss zu einem der sichersten und saubersten Plätze in der Stadt werden.

► Haushalte sanieren – neue Belastungen für die Wirtschaft vermeiden

Die Haushalte des Kreises und der Stadt Idar-Oberstein weisen seit Jahren wachsende Defizite auf. Gebühren- oder Steuererhöhungen sind zu vermeiden. Haushaltslücke und Schuldenberg sollten vielmehr über die Ausgabenseite reduziert werden. Auch an die Aufdeckung stiller Reserven und die Veräußerung nicht mehr benötigten Vermögens ist zu denken. Der Zusammenhang zwischen dem Arbeitsplatzangebot der Wirtschaft und dem Zustand der öffentlichen Haushalte muss stärker in den Fokus der Kommunalpolitik gelangen.

► Tourismus-Förderung überprüfen

Kreis, Stadt und Verbandsgemeinden unterstützen die Tourismuswirtschaft mehr als andere Branchen mit der direkten Übernahme von Marketing- und Personalkosten. Ein wichtiger Indikator für die Wirkung der Förderung ist neben den Übernachtungszahlen im Gastgewerbe die Entwicklung der Besucherzahlen in den wichtigsten Sehenswürdigkeiten. Edelsteinmuseum, Museum Idar-Oberstein, Weiherschleife und Kupferbergwerk weisen seit einigen Jahren teils starke Rückgänge auf. Sinnvoll ist es daher, die Unterstützung weg von Kostenübernahmen hin zu verstärkten Investitionen in die tourismusnahe Infrastruktur umzubauen, um neue Attraktionen schaffen zu können.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Was wollen Sie zur Revitalisierung des Ortskerns/der Innenstadt unternehmen?
- ❓ Werden Sie sich für den weiteren Ausbau der B 41 engagieren?
- ❓ Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Gewerbesteuerhebesatz gesenkt wird?
- ❓ Was wollen Sie tun, um Unternehmen in den Ort/ die Stadt bzw. den Kreis zu locken?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

In wichtigen Themenbereichen ist die Region nicht vorangekommen. Die Anbindung an die beiden Autobahnen A 48 und A 61 ist nach wie vor unzureichend, obwohl es einen kleinen Lichtblick bei den Planungen im Bereich der B 421 („Zeller Berg“) gibt. Noch immer besteht auch kein Kreisentwicklungskonzept unter Einschluss von Flächen für den großflächigen Einzelhandel. Die Stadt Cochem hat ebenfalls bisher nicht zu erkennen gegeben, wie sie sich die Entwicklung des Handels in der Stadt künftig vorstellt. Das Kirchturmdenken vieler Kommunen im Tourismus, gerade an der Mosel, ist ungebrochen.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Die Anbindung großer Teile des Landkreises an die überregionalen Verkehrswege ist unzureichend. Zügig auch von den kommunal Verantwortlichen vorangetrieben werden muss der Ausbau der B 421 („Zeller Berg“), der einzigen leistungsfähigen Anbindung des Moselraumes in den Hunsrück und weiter zum Flughafen Frankfurt-Hahn für den Schwerlastverkehr. Ganz oben im Forderungskatalog der Wirtschaft steht auch der Lückenschluss der A 1 zwischen Blankenheim und Daun. Mit dem Bau der zweiten Röhre des Kaiser-Wilhelm-Tunnels wird die Bahnverbindung Koblenz-Trier qualitativ deutlich verbessert. Allerdings muss über geeignete Maßnahmen der Bahnlärm insgesamt, der insbesondere nicht zu einer Tourismusregion passt, auf ein vertretbares Maß reduziert werden.

► Tourismus

Die Zukunft des Tourismus insbesondere an der Mosel wird in der Qualität der Angebote liegen. Bei aller notwendigen Individualität von Kommunen und Betrieben muss es gelingen, über gemeinsame Anstrengungen vermehrt den anspruchsvollen Gast anzusprechen. Die Dachmarke Mosel, die sich ebenfalls Qualität zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht hat, kann hier einen wertvollen Beitrag leisten und kleinräumiges Denken überwinden helfen. Die stetige Weiterbildung der Gastronomen und ihrer Mitarbeiter ist eine dauerhafte Aufgabe.

Große touristische Infrastrukturmaßnahmen wie das „Golf- und Sportressort Ediger-Eller“ (hier gibt es positive

Erfahrungen im Umfeld) oder das geplante Feriendorf auf dem „Falkenlay“ in Bad Bertrich müssen nicht im Widerspruch zum Qualitätstourismus stehen. Sie eröffnen neue Märkte und Chancen für die Region, wenn sie an ihren Standorten von Politik und Bevölkerung hinreichend unterstützt werden.

Die Besonderheiten der Mosel rechtfertigen eine Aufnahme in die UNESCO-Liste der Welterbestätten. Dies würde die Region enorm aufwerten und dem Tourismus einen starken Schub geben.

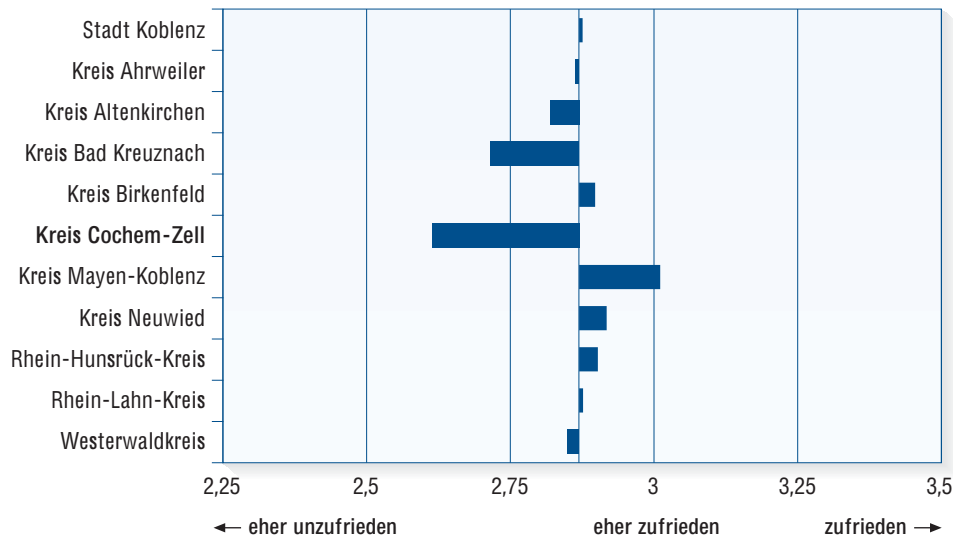
► Breitbandversorgung verbessern

Im Landkreis Cochem-Zell muss eine flächendeckende und schnelle Zugriffsmöglichkeit auf das Internet



Zufriedenheit der Unternehmen mit der Verfügbarkeit von Hilfskräften

(Abweichungen vom Durchschnittswert für den gesamten IHK-Bezirk)



Quelle: Standortumfrage der IHK Koblenz 2007

geschaffen werden, um Standortnachteile zu vermeiden. Noch immer gibt es eine Reihe von unzureichend versorgten Standorten. Die Verbandsgemeinden sollten hier die notwendigen Prozesse koordinieren und für örtliche Aktivitäten werben.

Umfeld. Über die verstärkte Einführung von E-Government, die Verkürzung der Dauer von Genehmigungsverfahren und den Abbau von Verwaltungsaufgaben kann der Wirtschaftsstandort gesichert und gestärkt werden.

► Kontakt zu den Hochschulen

Der Kontakt zu den Hochschulen der Großregion wird von vielen Unternehmen als nicht ausreichend angesehen. Alle Akteure in der Region sind aufgerufen, für eine Verbesserung der Kontakte zu sorgen und Möglichkeiten für eine unmittelbare Zusammenarbeit auszuloten.

► Fach- und Hilfskräftemangel

Sorge bereitet der zunehmende Fachkräftemangel, der sich wegen der negativen demografischen Entwicklung noch verstärken wird. Gleichzeitig pendeln aber täglich viele hoch qualifizierte Mitarbeiter in die benachbarten Wirtschaftszentren. Es ist über Maßnahmen nachzudenken, zumindest einen Teil dieses Personenkreises für den Landkreis als Arbeitskräfte zurück zu gewinnen. Ein klares Standortprofil kann hier wertvolle Hilfestellung leisten.

► Wirtschaftsfreundliches Klima

Ein wichtiges Standortkriterium, das unmittelbar vor Ort beeinflusst werden kann, ist ein wirtschaftsfreundliches

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Wie soll die Verkehrsanbindung von der Mosel in den Hunsrück und weiter zum Flughafen Frankfurt-Hahn verbessert werden?
- ❓ Welche Maßnahmen werden zurzeit im Kreis eingeleitet, um eine stärkere Regionalbindung von Bevölkerung und Wirtschaft zu erreichen und inwieweit wollen Sie solche Maßnahmen unterstützen?
- ❓ Wie reagieren die Verwaltungen in Ihrem Umfeld auf die Forderung, verstärkt E-Government anzubieten?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

Die im IHK-Papier zur Kommunalwahl 2004 formulierten Arbeitsfelder sind angegangen und zumindest teilweise abgearbeitet worden. Zwar ist nach wie vor kein strategisches Standortmarketing oder zumindest eine Zieldefinition für ein Entwicklungskonzept erkennbar, doch führen eine weitsichtige Flächenbevorratung sowie die günstigen Verkehrsanbindungen dazu, dass der Landkreis zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten im nördlichen Rheinland-Pfalz gehört.

Auch als Wohnstandort wird der Landkreis positiv gesehen. So bestehen für den Kreis gute Möglichkeiten, Bevölkerungsverluste im Zuge der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Allerdings gilt dies zunächst nur bezüglich der zahlenmäßigen Bevölkerungsentwicklung. Ob hierdurch auch einer drohenden Überalterung entgegengewirkt werden kann, ist offen.

Die Sicherung der Rohstoffvorkommen für die heimische Steine- und Baustoffindustrie konnte in weiten Teilen, wenn auch mit hohem Aufwand, erreicht werden.

Die Attraktivität der Standorte im Kreis hat sich in teils gestiegenen Grundstückskosten und Mieten niedergeschlagen. Auch bei Ver- und Entsorgung gab es Preiserhöhungen.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Haushalte konsolidieren

Trotz steigender Einnahmen ist die Haushaltslage bei vielen Kommunen nach wie vor angespannt. Aufgabenzuweisungen durch das Land, ohne gleichzeitige angemessene finanzielle Ausstattung, führen zu zusätzlichen Engpässen. Ein Hauptaugenmerk muss daher auf die Konsolidierung der Haushalte gelegt werden. Hierzu müssen Investitionsmaßnahmen überprüft und Einsparpotenziale effizient genutzt werden. Aufgabeninventur mit dem Ziel der Nutzung von Privatisierungsmöglichkeiten sollte oberstes Ziel sein.

► Verwaltungseffizienz erhöhen

Eine Standortanalyse der IHK aus dem Jahre 2007 hat ergeben, dass aus Sicht der Wirtschaft Genehmigungsverfahren nach wie vor zu lange dauern und dass der Einsatz von E-Government forciert werden sollte. Beide

Ergebnisse gehen miteinander einher. Durch konsequenten Ausbau von E-Government könnten Verwaltungsverfahren weiter beschleunigt, vereinfacht und noch kostengünstiger gestaltet werden.

► Verkehrsinfrastruktur

Die gute Verkehrsanbindung an das überregionale Fernstraßennetz, aber auch die Erschließung vor Ort gehören zu den Stärken des Landkreises. Allerdings muss dafür Sorge getragen werden, dass sich der bauliche Zustand der Straßen nicht weiter verschlechtert, sondern im Ergebnis eher verbessert wird.

► Wirtschaftsförderung

Das Güterverkehrszentrum (GVZ) am Autobahnkreuz sollte im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit weiter entwickelt werden. Auf Grund der günstigen geografischen Lage ist die Entwicklung eines Transport-Logistik-Clusters unter Einbindung der vorhandenen Infrastruktur der Häfen sowie der Anbindung zum Flughafen Frankfurt-Hahn empfehlenswert.

Ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor der Region ist die Steine- und Bims-Industrie. Zur Förderung und zum Erhalt der Branche sollte die Rohstoffsicherung langfristig im Auge behalten werden und die Entwicklung der Branche durch Clusterbildung (z.B. im Bereich Forschung und Entwicklung) unterstützt werden.

► Flächendeckende Breitbandversorgung

Die Versorgung des Landkreises mit schnellen Internetzugängen (DSL / Breitband) ist überdurchschnittlich gut. Dennoch gibt es in der Region Versorgungslücken beziehungsweise Bedarf an noch schnelleren Verbindungen. Die technischen Anforderungen der Wirtschaft steigen rasant, so dass ein einfacher DSL-Zugang nicht mehr ausreichend ist. Neben dem flächendeckenden Angebot muss zunehmend auch die Leistungsfähigkeit des Netzes beachtet und permanent überprüft beziehungsweise ausgebaut werden. Neben der Erschließung durch Kabelnetzbetreiber sollte die Installation von Funknetzen als Alternative geprüft werden.

► Entwicklung von Orten und Städten

In einer Reihe von Gemeinden stellt sich immer mehr die Frage, ob die Nahversorgung noch gesichert ist. Die unverminderte Ansiedlung von Einzelhandelsunternehmen an den Ortsrändern hat zu einer Verarmung von

Handels- und Dienstleistungsangeboten in den Ortsmitten und zudem zu einer Verschiebung der Kundenströme geführt. An dieser Ansiedlungspolitik wird trotz beschriebener Erkenntnisse unvermindert festgehalten, was auch jüngste Planungen in Mendig und Mülheim-Kärlich zeigen. Wohnen und Wirtschaften in den Stadtzentren und Dorfkernen wird dadurch immer unattraktiver, zumal die dort vorhandene Bausubstanz modernen und auch künftigen Wohnansprüchen oft nicht genügt. Maßnahmen zur Belebung der Dorfkerne sind ebenso gefordert wie Maßnahmen zur Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz, um familienfreundliches, altersgerechtes und energieeffizientes Wohnen in den Ortsmitten zu ermöglichen.

► Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen

Zur langfristigen Sicherung des Fachkräftepotenzials beziehungsweise Deckung des Bedarfs der heimischen Wirtschaft an Ingenieuren und Förderung innovativer Unternehmen muss die Zusammenarbeit mit den umliegenden Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen ausgebaut werden.

► Nutzung alternativer Energien

Die geologische Situation in der Vordereifel könnte Chancen und Ansatzpunkte zur Nutzung alternativer Energien bieten. Vorgeschlagen wird ein Forschungsprojekt zur Nutzung von Erdwärme (Geothermie).

► Tourismus

Mit dem Programm „Traumpfade“ folgt die touristische Arbeit im Landkreis der Tourismusstrategie des Landes. Die Themen Wein und Gesundheit bieten weitere Anknüpfungspunkte, über die sich der Kreis touristisch positionieren kann. Hierzu müssen gerade die vorhandenen Produkte gefördert und weiterentwickelt werden, die in das Gesamtkonzept der Tourismusstrategie 2015 passen. Da weder einzelne Gemeinden noch der Kreis mittelfristig in der Lage sein werden, überregionales Tourismusmarketing zu betreiben, müssen sowohl Produktentwicklung, Qualitätssicherung, Tourismusmarketing und Finanzierung als Kooperationsaufgabe begriffen werden. Hierzu ist die Bündelung von Ressourcen über die Gemeindegrenzen hinaus erforderlich.

Ein konkretes Projekt zur Attraktivitätssteigerung ist die touristische Nutzung der Brexbachtalbahn. Die Bahn selbst ist ein vermarktbare Alleinstellungsmerkmal, das

sich gut mit den Schwerpunktthemen Radfahren und Wandern verbinden lässt. Es empfiehlt sich daher, auf den Betrieb der Bahn hinzuwirken und dabei eine wirtschaftliche Tragfähigkeit sicherzustellen.



Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welche Maßnahmen werden zur Sicherung der Nahversorgung der Bevölkerung in den ländlichen Gemeinden getroffen (Bauleitplanung, Gewerbeansiedlung)?
- ❓ Welche Maßnahmen sind zur Konsolidierung des Haushalts (z.B. Privatisierung, Kooperationen, Aufgabeninventur) geplant?
- ❓ Gibt es in Ihrer Gemeinde beziehungsweise auf Kreisebene Erkenntnisse über die Auswirkungen der demografischen Entwicklung und Pläne, wie diesen Auswirkungen (z.B. Überalterung, Fachkräftemangel) zum Beispiel durch Standortmarketing begegnet werden kann?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Der Wirtschaftsstandort Neuwied hat eine verkehrsgünstige Lage: Vom mittelhheinischen Raum ist es gleich weit zu den Ballungsräumen Rhein/Ruhr und Rhein/Main. Die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis Neuwied profitiert von dieser geografisch guten Lage.

Fortschritte gibt es bei der inneren Erschließung des Kreises. So befindet sich beispielsweise die Umgehung Rengsdorf in der Bauphase und wichtige Bauarbeiten an der B 42 sind in der Umsetzung.

► Gewerbeflächenvermarktung

Mit seinen neun Gewerbe- und Industrieflächen-Standorten ist der Landkreis ein guter Standort für Unternehmen und Neuansiedlungen, was auch eine IHK-Umfrage bestätigt. Der Kreis verfügt über eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die eine aktive koordinierende Rolle bei der Gewerbeflächenvermarktung spielt. Die Wirtschaftsförderungspolitik umfasst das gesamte Kreisgebiet, wobei die einheitlich aktive Außenvermarktung für alle Gewerbeflächen durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises mit ihrem aktuellen Internetportal beispielhaft ist.

► Stadtentwicklung und Einzelhandel in Neuwied

Die Fertigstellung und Anbindung des großflächigen Einzelhandels auf dem ehemaligen Breisig-Gelände und die Realisierung des Bauvorhabens auf dem Postgelände haben einen positiven Beitrag zur innerstädtischen Entwicklung der Stadt Neuwied geleistet. Gleiches gilt für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes. Die Planung des zentralen Bushaltespunktes in der Innenstadt sowie zur Umgestaltung der Marktstraße lassen weitere positive Impulse erwarten.

► Tourismus

Der Tourismus ist ein nicht unbedeutender Wirtschaftsfaktor im Kreis Neuwied; dies gilt besonders für die Verbandsgemeinden Linz, Bad Hönningen und Unkel, aber auch für Waldbreitbach und Teile der Stadt Neuwied. Im Tourismus zeichnet sich seit mehreren Jahren ein Strukturwandel mit sinkenden Übernachtungszahlen ab. Hierdurch ist auch die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus geschrumpft. Erfreulich ist, dass der Tourismus im Landkreis Neuwied spürbar vom Rheinsteig profitiert hat und mit dem Westerwald-Steig auch ein zweiter Premium-Wanderweg durch den Kreis führt. Besonders positiv sind auch die Aktivitäten rund um Bad Hönningen mit dem Limes-Erlebnismuseum Römerwelt.



Quelle: Stiftung „Caput Limitis“ Rheinbrohl

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► ÖPNV und Zustand lokaler Straßen

In einer IHK-Standortstudie wurde dem Landkreis Neuwied von den Unternehmern eine gute Standortqualität bescheinigt. Als Standortdefizite wurden jedoch die zum Teil nicht zufrieden stellenden Angebote des ÖPNV und der Zustand lokaler Straßen genannt. Bei folgenden Straßen wird von den Unternehmern bezüglich des Ausbaus bzw. der Erhaltung besonderer Handlungsbedarf gesehen:

- L 275
- L 252, insbesondere bei Vettelschoß-Oberwillscheid
- Umgehungen Rengsdorf (Fertigstellung) und Straßenhaus (Baubeginn)

► Innenstädte und Ortskerne fördern

Die Innenstadt der Kreisstadt Neuwied und die Mittelzentren im Landkreis brauchen Unterstützung, sie müssen wieder Interesse wecken und mit Leben gefüllt werden. Das wird auch dazu beitragen, den in diesen Bereichen angesiedelten Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen eine bessere Perspektive zu bieten. Daher sind neben einer stringenten an den Grundsätzen der Landesplanung ausgerichteten Ansiedlungspolitik für großflächigen Einzelhandel auch Maßnahmen zur Stärkung der Innenstädte, zur Verbesserung der Bausubstanz und - wo das nicht möglich ist - der Rückbau sanierungsbedürftiger Immobilien notwendig.

► Abgaben, Auflagen und Energiepreise

Neben Grund- und Gewerbesteuern werden die Energiekosten von den Unternehmern als Standortdefizite gesehen. Hier liegt vieles an durch Bundes- und Landespolitik gesetzten Rahmenbedingungen sowie Vorlieferanten, gleichwohl sollte die Kommunalpolitik genau prüfen, wo eigene Einflussbereiche liegen und wie diese zur Verbesserung des Standortes genutzt werden können.

► Tourismus

Das UNESCO-Weltkulturerbe Obergermanischer-Rätischer Limes ist eine Chance für touristische Gegenden im Landkreis Neuwied. Die verantwortlichen Akteure sind aufgefordert, gemeinsam für eine professionelle Vermarktung nach innen und außen zu sorgen. Daneben sollte die Reaktivierung der Brexbachtal-Eisenbahnstrecke zu rein touristischen Zwecken weiter vorangetrieben werden.



Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welche Maßnahmen planen Sie zur Stärkung des Orts-/Stadtkerns?
- ❓ Wie sieht die mittel- und langfristige Planung für den ÖPNV, insbesondere für die Zielgruppe Auszubildende aus?
- ❓ Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität lokaler Straßen sind in welchem Zeitraum geplant?
- ❓ Wo sehen Sie Möglichkeiten zur Beeinflussung von Standortfaktoren wie Abgaben, Gewerbesteuern, Energiekosten und Verwaltungsaufgaben?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Der vierstreifige Ausbau der B 50 geht zügig voran. Das Ziel, den Flughafen Frankfurt-Hahn bis 2011 autobahn-ähnlich an die A 61 anzuschließen, erscheint realistisch. Der Hochmoselübergang ist einen großen Schritt nach vorne gekommen. Mit dem rechtsgültigen Planfeststellungsbeschluss gibt es jetzt Baurecht.

Die Reaktivierung der Hunsrückbahn von Langenlonsheim zum Flughafen Frankfurt-Hahn rückt näher. Das Land und die DB-Netz haben eine Planungsvereinbarung unterschrieben.

Nachdem die UNESCO festgestellt hat, dass eine Rheinquerung bei St. Goar-St. Goarshausen mit dem Weltbestatus des „Oberen Mittelrheintals“ vereinbar sein kann, dürfte eine große Hürde für eine Realisierung des Projektes beseitigt sein.

► Naturpark Soonwald-Nahe

Seit 2005 gibt es eine Naturparkverordnung. Einige kleinere Projekte im Naturpark sind bereits umgesetzt, andere in Planung. Es geht langsam, aber immerhin vorwärts.

► Kooperationen

Der Wunsch der Wirtschaft nach einem Kreisentwicklungskonzept verhallte bisher ungehört. Ebenso fehlt es an einem überzeugenden Regional- und Standortmarketing.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Der vierstreifige Ausbau der B 50 mit Hochmoselübergang muss zügig auch von kommunaler Seite vorangetrieben werden. Durch den Ausbau ergeben sich für die Region und den Flughafen Frankfurt-Hahn deutlich bessere Wachstumsperspektiven.

Mit der Planungsvereinbarung des Landes mit der DB-Netz ist eine gute Grundlage für eine Reaktivierung der Hunsrückbahn geschaffen worden. Hier sind die Gebietskörperschaften aller sonstigen Beteiligten gefordert, die notwendigen baulichen Maßnahmen im Rahmen der rechtlichen Genehmigungsverfahren bestmöglich zu fördern. Die Ortsumgehungen der B 327 in Kastellaun und in Gödenroth werden seit langem auch



Quelle: Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

von der Wirtschaft für unverzichtbar gehalten. Hier muss es nun endlich eine Realisierung geben, auch die Kommunen bleiben gefordert.

► Tourismus/Naturpark Soonwald-Nahe

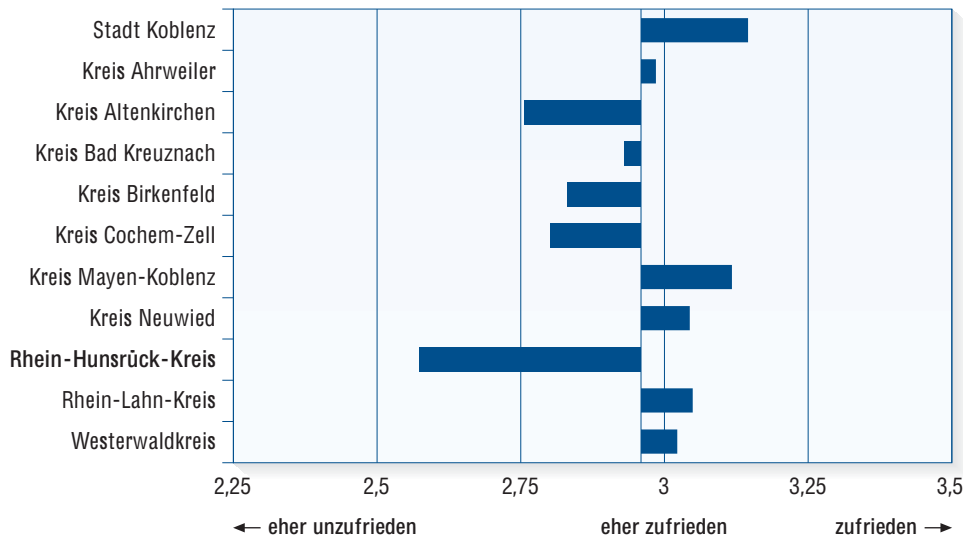
Mit dem Naturpark Soonwald-Nahe ist ein wichtiges Werkzeug geschaffen worden, um den Tourismus im Hunsrück zu stärken. Einige Projekte, wie der Soonwald-Steig, sind schon auf den Weg gebracht, viele andere müssen noch folgen. Vor allem Aktivitäten im Rhein-Hunsrück-Kreis müssen rascher verwirklicht werden. In diesem Zusammenhang schlägt die Wirtschaft vor, den Bau eines Baumkronenweges in Erwägung zu ziehen, wie er beispielsweise im österreichischen Innviertel mit großem touristischem Erfolg umgesetzt wurde. Die Politik muss im Übrigen die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus im Hunsrück und am Mittelrhein zur Kenntnis nehmen und in zukunftsfähige Infrastrukturen investieren.

► Mittelrheinbrücke

Nach den positiven Äußerungen der UNESCO zu einer Rheinquerung gilt es jetzt, zügig Entwurfsplanungen vorzulegen, um das Projekt rasch zum Planfeststellungsverfahren zu bringen. Große Hoffnung setzt die Wirtschaft auf den internationalen Architekturwettbewerb der Landesregierung, von dem überzeugende, welterbeerträgliche Entwürfe erwartet werden.

Zufriedenheit der Unternehmen mit der Breitband-Internetanbindung

(Abweichungen vom Durchschnittswert für den gesamten IHK-Bezirk)



Quelle: Standortumfrage der IHK Koblenz 2007

► Flächendeckende Breitbandversorgung

Trotz einiger Anstrengungen ist eine flächendeckende, schnelle Breitbandversorgung im Rhein-Hunsrück-Kreis noch immer nicht erreicht. Mit der Breitbandversorgung in den Nachbarkreisen sind die dort ansässigen Unternehmer nach einer Umfrage der IHK teils deutlich zufriedener.

Für die Wirtschaft ist die Breitbandversorgung wichtiger Standortfaktor mit zunehmender Bedeutung. Lücken im Angebot sind ein echter Standortnachteil. Die Bürgermeister der Verbandsgemeinden sind aufgefordert, die Versorgungsqualität in ihrem Verantwortungsbereich kritisch zu untersuchen und über Informationen und Koordination in den Ortsgemeinden gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen.

► Marketingkonzept für den Kreis

Der Rhein-Hunsrück-Kreis hat in den vergangenen Jahren eine überdurchschnittliche, wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung genommen und dies trotz fehlender professioneller Vermarktung. Der prosperierende Flughafen Frankfurt-Hahn sowie die sehr gute verkehrliche Anbindung nahezu des gesamten Kreisgebietes bieten aber Voraussetzungen für deutlich dynamischeres Wachstum.

Die Region bleibt aufgefordert, gemeinsam mit der Wirtschaft professionelle Marketingwerkzeuge für die Region zu entwickeln, um die Potenziale des Kreises in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit im Kreis selbst, darüber hinaus aber auch überregional zu rücken. Ein leistungsstarkes Regionalmarketing muss überzeugende Ansätze beispielsweise für kommunale und interkommunale Einzelhandelskonzepte genauso enthalten, wie ein auf den ländlichen Raum angepasstes Verkehrskonzept, das unter anderem den ÖPNV enthält.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welche Projekte im Naturpark Soonwald-Nahe werden zurzeit angedacht?
- ❓ Was wollen Sie unternehmen, um die DSL-Versorgung in der Region zu verbessern?
- ❓ Welche Maßnahmen will die Politik auf Kreisebene ergreifen, um ein umfassendes Marketingkonzept zu entwickeln? Wie gestaltet sich Ihr Beitrag?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Auf der Agenda ganz oben stand die Forderung der lokalen Wirtschaft, schnellstmöglich eine Mittelrheinquerung bei St. Goar – St. Goarshausen – vorzugsweise als Brücke – zu realisieren. Diesem Ziel kommt man langsam aber sicher näher. Die politisch Verantwortlichen im Rhein-Lahn-Kreis setzen sich – mittlerweile mit deutlicher Rückendeckung der Landesregierung – in ihrer überwiegenden Mehrheit für ein solches Infrastruktur-Projekt ein. Auch bei der UNESCO hat man offensichtlich erkannt, dass ein generelles „Nein“ zu einem Brückenbauwerk für die Region und den nachhaltigen Welterbe-Status des Oberen Mittelrheintals wenig sinnvoll wäre.

Beim Aus- bzw. Neubau weiterer Verkehrswege im Rhein-Lahn-Kreis (z.B. B 260, L 335) hat sich in den letzten fünf Jahren relativ wenig getan. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Inbetriebnahme des Umgehungstunnels von Bad Ems im Verlauf der B 260 mehr als nur einen Lichtblick darstellt. Die zwischenzeitlich im Bau befindliche Lahnbrücke bei Dausenau lässt ebenfalls hoffen. Begrüßenswert sind auch die Pläne der Kreisverwaltung, eine Bestandsaufnahme der Sanierungs- und Modernisierungserfordernisse bei den Kreisstraßen – insbesondere mit Blick auf die logistischen Bedürfnisse der im Kreis angesiedelten Betriebe – durchzuführen.



Quelle: Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis

► Tourismus-Marketing

Ein einheitlich-professionelles Tourismus-Marketing im Rhein-Lahn-Kreis – insbesondere entlang der Ufer von Rhein und Lahn – stand vor fünf Jahren ebenfalls auf der

Agenda. Hier hat sich in der Zwischenzeit eine Menge getan, wenn auch die von der IHK geforderte Zusammenarbeit der Tourismusregionen Mittelrhein und Lahntal intensiver sein müsste. Dennoch: Seit der „Inbetriebnahme“ des Rheinsteigs erfährt auch der Rhein-Lahn-Kreis eine kleine Tourismus-Renaissance. Mit dem zweiten Welterbe-Standort „Limes“ ist in der Zwischenzeit noch mehr Potenzial erwachsen. Die Radwanderwege werden ausgebaut, Wandern und Nordic-Walking bieten neue Möglichkeiten.

► Vermarktung von Gewerbeflächen

Kritisiert wurde vor fünf Jahren die nur geringe Nutzung des von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises eingerichteten Online-Gewerbeflächen-Atlas durch die Kommunen. Zum damaligen Zeitpunkt hatten lediglich 33 der 137 Städte und Gemeinden ihr Gewerbeflächen-Angebot in dieses System eingestellt. Jetzt nehmen alle Gebietskörperschaften mit Gewerbeflächen diese Plattform in Anspruch.

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Verkehrsinfrastruktur

Höchste Priorität hat aus Sicht der Wirtschaft weiterhin eine leistungsfähige Rheinquerung bei St. Goar–St. Goarshausen (Präferenz: Brücke!). Schritt für Schritt nähert man sich diesem Ziel. Gleichwohl braucht es weiterhin einen langen Atem und die dauerhafte und wirkungsvolle Unterstützung aller im Kreis sowie auf Landesebene.

Sowohl die B 260 als auch die L 335 müssen entsprechend den Erfordernissen (Entschärfung, zusätzliche Spuren, Ortsumgehungen) ausgebaut und modernisiert werden. Die kommunal Verantwortlichen sollten sich auch für den Ausbau der B 260 Richtung Wiesbaden einsetzen und dabei verstärkt Kontakte nach Hessen nutzen.

Von hoher Bedeutung für die Wirtschaft ist auch die Verankerung der B 274 und deren Ausbau in der Landesplanung als überregionale Verkehrsverbindung zwischen dem Raum Limburg-Weilburg-Diez mit der A 3, dem Rheintal in St. Goarshausen mit der künftigen Rheinquerung und dem Anschluss zur A 61 bzw. zum Flughafen Frankfurt-Hahn.



Fotomontage: Roman Schieber, Institut für Tragkonstruktionen und Konstruktives Entwerfen der Universität Stuttgart

Zusammen mit den Ansprechpartnern auf der hessischen Seite sollte man sich für eine leistungsfähige Verlängerung der B 274 ab Zollhaus über Burgschwalbach Richtung Autobahnanschluss Bad Camberg zur A 3 einsetzen. Damit wäre die Anbindung des Raums Nastätten und Katzenelnbogen an eine der wichtigsten Autobahnen der Bundesrepublik möglich.

Nicht zuletzt im Interesse der Wirtschaft insbesondere im Bereich Diez und Hahnstätten wäre eine verstärkte Initiative auch der kommunalen Ebene gemeinsam mit Limburg/dem Land Hessen zur Realisierung der Südumgehung Limburg (B 54) für eine bessere Anbindung an den ICE-Bahnhof Limburg-Eschhofen.

► Flächendeckende Breitbandversorgung

Die flächendeckende Versorgung des Landkreises mit High-Speed DSL muss weiter vorangetrieben werden. Denn ohne schnelle Datenautobahn für gewerbliche wie private Nutzer hat der Rhein-Lahn-Kreis im Standortwettbewerb schlechte Karten. Viel wurde schon getan, die bestehenden Lücken gilt es aber auch noch zu schließen.

► Vermarktung des Wirtschaftsstandortes

Der Wirtschaftsstandort Rhein-Lahn-Kreis muss weiter gestärkt werden – begleitet von einer professionellen Außendarstellung bzw. einem entsprechenden Marketing über Themenfelder (z.B. Tourismus, Gesundheit) im

Sinne eines Regionalmarketings. Wichtig ist hierzu zunächst einmal die Erstellung eines Standortprofils (Ist-Profil) und das Identifizieren der Entwicklungspotenziale. Es müssen Zielvorstellungen bzw. ein Leitbild für den Rhein-Lahn-Kreis bis 2020 (Soll-Profil) formuliert werden. Hieraus lassen sich dann Maßnahmen zur Erreichung des Soll-Profiles ableiten. Das beinhaltet aber auch den Entwurf zukunftsfähiger Konzepte für Einzelthemen, wie zum Beispiel kommunale/interkommunale Einzelhandelskonzepte und ein Verkehrskonzept unter Berücksichtigung des ÖPNV.

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welchen Beitrag werden Sie für ein Regionalmarketing Rhein-Lahn-Kreis leisten?
- ❓ Welche Vorstellungen haben Sie für zukunftsfähige Konzepte in den Bereichen Raumordnung, Einzelhandel, ÖPNV und Wirtschaftsförderung?
- ❓ In welchen Themenfeldern könnten „Kirchtürme“ in Ihrer Gebietskörperschaft abgebaut werden?

Bilanz der letzten Legislaturperiode:

► Regionalmarketing

Nachdem sich in den Jahren 1999 bis 2004 die Regionalmarketing-Aktivitäten rund um den ICE-Bahnhof Montabaur und dessen Akzeptanz in der Region drehten – und diese auch erfolgreich waren – sah die Wirtschaft es als notwendig an, dass für den gesamten Kreis ein Regionalmarketing-Konzept zu dessen Innen- und Außendarstellung entwickelt werden sollte.

Angesichts des schärfer werdenden Standortwettbewerbs sollten die einzelnen Gebietskörperschaften und der Kreis alle sich bietenden Chancen nutzen, um sich und die vielen Standort-Vorteile bzw. –Möglichkeiten zu präsentieren. Trotz aller in den letzten fünf Jahren zweifelsohne erfolgten vielfältigen Einzelmaßnahmen fehlt aber weiterhin ein Konzept für den Gesamtkreis.

Geknüpfte Kontakte und verwirklichte Projekte mit der Fraport AG und dem Flughafen Köln-Bonn in Verbindung mit dem ICE-Bahnhof in Montabaur sind gut und bieten interessante Perspektiven.

Gute Ansätze gibt es auch in der kürzlich begonnenen Zusammenarbeit des Westerwaldkreises, des Kreises Altenkirchen und des Kreises Neuwied. Kirchturmdenken konnte an dieser Stelle also überwunden werden. Jetzt kommt es darauf an, dass hieraus konkrete, nutzenbringende Ergebnisse für die Einwohner und die Wirtschaft der Region erwachsen.

► Verkehrsinfrastruktur

Wie schon für die vorangegangene Legislaturperiode machte die hiesige Wirtschaft 2004 wieder auf die Bedeutung der Fortführung des Aus- und teilweise Neubaus der B 255 Richtung hessische Landesgrenze aufmerksam. Damals ruhte das Projekt bei Boden. In 2007 ist wieder Bewegung in die Thematik gekommen. Der Ausbau mit Umgehungen ab Boden Richtung Hahner Stock geht jetzt wieder weiter – nicht zuletzt Dank des unermüdlischen Einsatzes der Kommunalpolitik auch auf Kreiserebene. Der Weg ist aber noch lang und steinig.

► Kommunale Haushalte

Im Fokus des Interesses der Wirtschaft stehen auch die kommunalen Haushalte bzw. die Abgabepolitik der hiesigen Gebietskörperschaften. Es gab erfreulicherweise keine Hebesatzerhöhungen bei Gewerbe- und Grundsteuer B für die Zeit von 2004 bis 2008.



Quelle: Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis

Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode:

► Standortkonzept WW 2020 – Regionalmarketing

Grundsätzliches Ziel muss es künftig sein, langfristig die Stärken des Wirtschaftsstandorts Westerwald zu stärken – begleitet von einer professionellen Außendarstellung bzw. einem entsprechenden Marketing über Themenfelder (z.B. Tourismus, Logistik, Industrie). Voraussetzung hierfür ist die Erstellung eines Standortprofils (Ist-Profil) und das Identifizieren der Entwicklungspotenziale. Es müssen Zielvorstellungen bzw. ein Leitbild für den Westerwaldkreis bis 2020 (Soll-Profil) formuliert werden. Hieraus lassen sich dann Maßnahmen zur Erreichung des Soll-Profiles ableiten.

Das beinhaltet aber auch den Entwurf zukunftsfähiger Konzepte in Einzelfeldern, wie zum Beispiel kommunale/interkommunale Einzelhandelskonzepte und ein Verkehrskonzept unter Berücksichtigung des ÖPNV. Auch die Bildung sinnvoller Netzwerke z.B. in den Bereichen Technologie/Industrie, Logistik, IT und Gesundheit analog den Erfahrungen im Bereich Metall/Keramik sollte durchdacht werden.

► Verkehrsinfrastruktur

Die regionale Wirtschaft fordert weiterhin, dass der Ausbau der B 255 über Langenhahn hinaus Richtung Rheinland-Pfälzisch-Hessischer Landesgrenze fortge-

führt wird. Zusätzlich müssen sich die kommunalen Entscheidungsträger dafür einsetzen, dass die B 413, B 414 und B 8 – wie von der Landesregierung geplant – ausgebaut und miteinander „vernetzt“ werden – auch mit der B 255, um den Westerwaldkreis mit einem Netz leistungsfähiger Ost-West-Verbindungen überregionaler Funktion bzw. Bedeutung zu versehen. 20 Jahre darf das aber nicht dauern!

Die Bedeutung der Autobahn A 3 als wichtige Lebensader der Region kann nicht hoch genug eingeschätzt werden – auch und insbesondere für die hiesige Wirtschaft. Entsprechend leistungsfähige Anschlussstellen an dieser Autobahn sind unerlässlich. Zwischenzeitlich stellt sich die Anschlussstelle Ransbach-Baumbach mit dem angegliederten Kreisverkehr als echtes Nadelöhr dar – mit Auswirkungen für das Umland. Das benachbarte Mogendorf kämpft bereits im Verlauf der L 307 für eine Umgehung.

Unternehmen investieren in großem Stil in Siershahn, was den Straßengüterverkehr von und zur Autobahn zukünftig weiter ansteigen lassen wird. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der regionalen Wirtschaft erforderlich, diese Anschlussstelle durch entsprechende Ausbaumaßnahmen fit für das Verkehrsaufkommen der Zukunft zu machen.

► Tourismus

Die Förderung des Tourismus muss weiter intensiviert werden – zumal das Beispiel des Westerwaldsteiges Perspektiven aufzeigt. Der Westerwald könnte intern und extern stärker als zentrenaher, verkehrstechnisch gut erreichbarer Erholungsraum ins Bewusstsein gerückt werden. Als prädestinierte Wander- und Radsportregion mit Anbindung an Rothaarsteig, Rheinsteig, den Welterberegionen Oberes Mittelrheintal und Limes lässt sich der Westerwald hervorragend positionieren.

In diesem Zusammenhang sollte die Reaktivierung der Brexbachtal-Eisenbahnstrecke zwischen Bendorf-Sayn und Bahnhof Grenzau zu touristischen Zwecken konsequent weiter verfolgt werden. Dieser landschaftlich interessanteste Streckenabschnitt birgt unter anderem wegen des Rheinsteiges, des Schlosses Sayn, der Burg Sayn, der Burg Grenzau, des Hochseilgartens in Grenzau und des Kannenbäckerlandes viel Attraktivität und damit Potenziale, die es auszunutzen gilt.

Eine begleitende Marketingoffensive, um diesen Streckenabschnitt und seine sehenswerten Attraktionen „ins rechte Licht“ zu setzen, wird dabei unabdingbar sein. Allerdings: Auf dieser Strecke darf es dann keinen Schienengüterverkehr geben!



Mit freundlicher Genehmigung des Westerwald Touristik-Service

Das sollten Sie Ihre Kommunalpolitiker fragen:

- ❓ Welchen Beitrag werden Sie für ein Standortkonzept und ein Regionalmarketing Westerwald leisten?
- ❓ Welche Vorstellungen haben Sie für zukunftsfähige Konzepte in den Bereichen Raumordnung, Einzelhandel, ÖPNV und Wirtschaftsförderung?
- ❓ Auf welchen Themenfeldern könnten „Kirchtürme“ in Ihrer Gebietskörperschaft abgebaut werden?

IMPRESSUM

■ **Herausgeber:**
Industrie- und Handelskammer
(IHK) Koblenz
Schlossstraße 2
56068 Koblenz
Telefon: 0261/106-0
Telefax: 0261/106-234
www.ihk-koblenz.de

■ **Redaktion:**
Dipl.-Volksw. Michael Mätzig

© 2009 IHK Koblenz.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die IHK Koblenz keine Gewähr.

Ausgewählte Strukturdaten für den Bezirk der IHK Koblenz

Mitgliedsunternehmen 2008

Stadt/Kreis	eingetragene Unternehmen*	nicht eingetragene Unternehmen	Unternehmen insgesamt
Stadt Koblenz	2.173	5.027	7.200
Kreis Ahrweiler	1.653	6.308	7.961
Kreis Altenkirchen	1.606	5.668	7.274
Kreis Bad Kreuznach	1.986	7.352	9.338
Kreis Birkenfeld	1.248	3.816	5.064
Kreis Cochem-Zell	830	3.122	3.952
Kreis Mayen-Koblenz	2.974	8.809	11.783
Kreis Neuwied	2.757	7.464	10.221
Rhein-Hunsrück-Kreis	1.524	4.803	6.327
Rhein-Lahn-Kreis	1.444	5.469	6.913
Westerwaldkreis	3.190	9.207	12.397
Summe	21.385	67.045	88.430

Quelle: IHK Koblenz, Stand: 31. Dezember 2008

*im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragene Firmen

Fläche und Bevölkerung

Stadt/Kreis	Fläche (zum 31.12.2007)		Bevölkerung (zum 30.06.2008)		Bevölkerungsdichte in Einwohner/km ²
	in km ²	Anteil am Land	insgesamt	Anteil am Land	
Stadt Koblenz	105	0,5	106.125	2,6	1.010
Kreis Ahrweiler	787	4,0	128.824	3,2	164
Kreis Altenkirchen	642	3,2	134.277	3,3	209
Kreis Bad Kreuznach	864	4,4	156.992	3,9	182
Kreis Birkenfeld	777	3,9	85.902	2,1	111
Kreis Cochem-Zell	720	3,6	64.685	1,6	90
Kreis Mayen-Koblenz	817	4,1	212.600	5,3	260
Kreis Neuwied	627	3,2	183.082	4,5	292
Rhein-Hunsrück-Kreis	963	4,9	104.050	2,6	108
Rhein-Lahn-Kreis	782	3,9	125.783	3,1	161
Westerwaldkreis	989	5,0	201.284	5,0	204
IHK Bezirk	8.073	40,7	1.503.604	37,2	186
Rheinland-Pfalz	19.853	100,0	4.038.823	100,0	203

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Berechnungen der IHK Koblenz

Leitbild

Wir...

sind

Interessenvertreter und Förderer
der Wirtschaft unserer Region.

handeln

als kundenorientierter Dienstleister
für die Wirtschaft
als kritischer Partner der Politik
als unabhängiger Anwalt des Marktes.

kämpfen

für den Mittelstand und
die Marktwirtschaft.

engagieren

uns für mehr Eigenverantwortung
und weniger Staat.

vertreten

mit unseren sieben Geschäftsstellen,
nah an den Unternehmen,
deren regionale Interessen.

machen

uns stark für den Erfolg der
Unternehmen unserer Region.

Zukunft gestalten

Kommunalpolitisches Papier
der Industrie- und Handelskammer
(IHK) Koblenz